

WERNER MARKERT

VON DER OKTOBERREVOLUTION ZUR „REVOLUTION VON OBEN“

Zur politischen Struktur des Stalinismus

Die russische Revolution von 1917 und die Ausbildung des Bolschewismus zu einem Herrschaftssystem über Rußland sind heute als historische Vorgänge erkannt, die eine Epoche der europäischen Geschichte abgeschlossen und diese zum Weltzusammenhang erweitert haben.

Das Gesicht des modernen Sowjetreiches hat jedoch erst die soziale und technisch-ökonomische Revolution gezeichnet, die ein Jahrzehnt später (1929—1934) auf die politische Revolution und ihre Behauptung in den Bürgerkriegen gefolgt ist. Die gewaltsame und gewaltige Fortsetzung der bereits im Zarenreich eingeleiteten Industrialisierung, die Mechanisierung der landwirtschaftlichen Produktion und der Einsatz gebundener Arbeitskräfte in Landwirtschaft, Industrie und Verwaltung haben eine soziale Umschichtung und Differenzierung verursacht, deren Bewegung, Folgen und Wirkungen noch keineswegs abzusehen sind. Mit der Erschließung und Bevölkerung des weiten asiatischen Raumes hat sich auch eine Verlagerung des weltpolitischen Schwergewichtes angebahnt, deren erste Folgen nach dem zweiten Weltkrieg spürbar geworden sind.

Erst aus der Perspektive der Nachkriegszeit ist deutlich geworden, in welchem Maße die zweite, nicht weniger Opfer fordernde, agrarische und industrielle Revolution, die Stalin im Jahre 1950 nachträglich als eine „Revolution von oben“ bezeichnet hat, die Bewegung jener politischen Revolution aufzufangen und abgelenkt hat, die Lenin im Geiste der russischen Revolutionäre „von unten“ und im Namen der marxistischen „Diktatur des Proletariats“ die Macht ergreifen ließ.

Wenn auch Struktur und Dynamik dieser sozialen Umschichtung im eurasischen Raum seit der Mitte der dreißiger Jahre der wissenschaftlichen Einsicht entzogen und nur in ihren Größenordnungen mit Sicherheit abzuschätzen sind, so werden die Erscheinungen dieses evolutionären Prozesses von der neueren Forschung allgemein als Voraussetzung jeder Interpretation sowjetischer Äußerungen des geistigen und politischen Lebens anerkannt. Eine ideengeschichtliche Untersuchung, die sich auf offiziöse Verlautbarungen beschränken muß, mag für Deutung und Symbolik der sowjetischen Weltlehre aufschlußreich sein. Sie bleibt aber dem Geschehen jener Jahrzehnte fern, wenn sie nicht die Fragen des abermals „veränderten Rußlands“ und der ebenso veränderten übrigen Welt in ihre Problemstellung aufnimmt, auf die alle Erklärungen des Kreml seit dem Beginn der dreißiger Jahre als politisch-didaktische Antworten oder Weisungen zielen.

Den Umbruch in der Geschichte der Sowjetunion von der Revolution, die „von unten“ — wenn auch nur dem Namen nach vom Proletariat — durchgeführt wurde, zu der stalinistischen Revolution von oben in ursächlichen Zusammenhängen zu er-

fassen, darf als ein Anliegen zeitgeschichtlicher Forschung betrachtet werden. Dabei wird jeder Versuch, die Phasen in der geschichtlichen Entwicklung zu kennzeichnen, den doppelten Vorbehalt der zeitlichen Nähe und der Ferne sicherer Quellen machen müssen und in dem Bemühen seine Rechtfertigung sehen, nach manchen Teiluntersuchungen die Einsicht in weitere Wirkungszusammenhänge für die Erkenntnis der jüngsten Vergangenheit zu gewinnen.

I. Revolutionstheorie und Sowjetstaat

Der Bolschewismus ist in dem geschichtlichen Zeitpunkt in die moderne Welt eingebrochen, als durch den Eintritt Amerikas in den ersten Weltkrieg — acht Tage nach dem Sturz des Zarismus — die Vorstellung von einem künftigen einheitlichen demokratischen Europa für kurze Zeit aufgeleuchtet und der Kampf der Ideen in ein neues Stadium getreten war. Noch vor dem politischen Sieg des national-demokratischen Gedankens über die dynastischen Formen Mitteleuropas war der Demokratie im Bolschewismus, dem Herrschaftssystem der Bolschewiki über Rußland, der schärfste Gegner entstanden. Von einer breiten, vielschichtigen revolutionären Welle hochgetragen, hatte die Parteigruppe der Bolschewiki in einer akuten revolutionsreifen Situation, deren Einmaligkeit in dem Zusammentreffen von Machtzerfall, zerbrechender Ordnung, Separationstendenz der Nichtrossen, Unentschlossenheit, Kriegsmüdigkeit und Hunger sich Lenin beinahe bis auf den Tag des unwiederholbaren Zeitpunktes bewußt gewesen ist, die Macht in den Hauptstädten Rußlands an sich reißen können.

In den revolutionären Strömungen Rußlands sind fast alle Elemente des europäischen Sozialismus und Anarchismus lebendig gewesen; sie waren seit den Tagen der ersten Internationale ein besonderer und aktiver Teil dieser gemeineuropäischen geistig-politischen Erscheinung in der Entstehungszeit einer bürgerlichen Gesellschaft¹. Zugleich bestand seit dem Zerfall des „alten Rußlands“ in der Reformära der sechziger Jahre eine spezifisch russische Tradition der Revolutionsgesinnung. Die Parteigruppe der Bolschewiki unter Lenins Führung (seit 1903) steht in besonderem Maße in dem doppelten Zusammenhang des europäischen, sozialistischen Gesellschaftsdenkens, der marxistischen Revolutionstheorie von der proletarischen Diktatur, und andererseits der russischen revolutionären Kampfgesinnung, dazu unter Lenins unbändigem Willen und Glauben an die Macht. Diese doppelte Wurzel hat der Bolschewismus niemals abreißen lassen. Mochte auch die Ausübung von Gewalt und Macht über Rußland immer stärker staatliche Formen ausprägen und russisch-eurasische Züge und geschichtliche Kräfte aufnehmen lassen, die ideologischen

¹ Als gesanteuropäischer geistes- und sozialgeschichtlicher Zusammenhang des 19. Jahrhunderts einschließlich der Erscheinungen in Rußland und ihrer Rückwirkungen wohl erstmalig dargestellt in den nachgelassenen Vorlesungen von Elie Halévy: *Histoire du socialisme européen*. (Paris 1948); Zum Wandel des Revolutionsbegriffs: Theodor Schieder: *Das Problem der Revolution im 19. Jahrhundert*. H.Z. Bd. 170, (1950); Zur Ideengeschichte der russischen sozialistischen Bewegung in der Zeit von 1848 bis 1881, unter „Volks-Sozialismus“ (Narodniki) zusammengefaßt vgl. die zweibändige quellenmäßige Darstellung von Franco Venturi: *Il populismo russo* (Turin 1955).

Grundlagen des dialektischen Materialismus und der Revolutionstheorie, aus der die Führer der Bolschewiki ihre, der Partei und des Systems Legitimierung und das Wesen der sowjetischen Föderation ableiteten, sind niemals aufgegeben worden.

Die Machtergreifung der Bolschewiki, die durch ihr Friedensverlangen das Russische Reich von der Seite der Entente gerissen haben, hat sie von Anbeginn an wider Willen zu Mitspielern in dem Kampf der europäischen Mächte werden lassen. Trotz ihres Postulates, jenseits jener „kapitalistischen Welt“ zu stehen, sind die Bolschewiki als Träger und Erben der Macht über Rußland der Mächtepolitik verhaftet geblieben. Auch auf der Gegenseite waren seit dem britisch-französischen Interventionsabkommen vom 23. Dez. 1917 die militärischen Erwägungen einer wirksamen Fortsetzung des Krieges gegen die Mittelmächte und besondere regionale Interessen mit der prinzipiellen Forderung nach Bekämpfung des weltrevolutionären Regimes in Rußland verknüpft. In den Interventionskämpfen, die mit Bürgerkriegsfronten und nationalen Unabhängigkeitsbewegungen verknüpft waren, hat der Bolschewismus nicht nur seinen unverlierbaren militanten Zug und Wortschatz erhalten; er hat auch erstmalig im Polenkrieg an Heimatliebe und russischen Patriotismus appelliert und schließlich auch die programmatische anticoloniale und die weltrevolutionäre Propaganda als Waffe ausprobieren können. Alle diese neuen Kräfte haben tiefe Spuren eingegraben, wenn diese auch in den folgenden Jahren der weltpolitischen Stabilisierung verwischt wurden. Bis in die Mitte der zwanziger Jahre hat die Sowjetregierung mit einer Fortsetzung der Bürgerkriegsfronten durch die im Auslande lebende Emigration zu rechnen gehabt, die ihre Hoffnungen auf eine Intervention der Mächte setzte. Die Furcht hiervor hat zu dem Schreckgespenst einer „Anti-Sowjetfront“ geführt, das seitdem zum eisernen Bestand der Sowjetideologie gehört; die Elemente dieser in der Bürgerkriegszeit gewonnenen Erfahrung enthalten freilich ebenso das vom Grafen von der Schulenburg als den bekannten „Drang nach dreihundertprozentiger Sicherheit“ gekennzeichnete „sprichwörtliche Mißtrauen“² wie auch die zweckbestimmte Deklaration einer außenpolitischen Gefährdung zur Rechtfertigung aller der Bevölkerung auferlegten Opfer.

Gehörte es zum marxistischen Credo, daß eine Revolution in Mitteleuropa die Voraussetzung des Gelingens einer proletarischen Revolution in Rußland sei³, so war die Gründung der „Kommunistischen Internationale“ (5. März 1919), der Lieblingsidee Lenins seit der Zimmerwalder Konferenz⁴, eine Moskauer Aktion,

² Seidl: Die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion 1939–1941. Tübingen 1949, S. 380. Carroll-Epstein: Das nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion. Deutsche Ausgabe 1948, S. 371. Aufzeichnung Schulenburgs vom 28. 4. 1941.

³ Die Äußerungen von Marx und Engels über das russische Revolutionsproblem zusammengestellt in: The Russian Menace to Europe. A collection of Articles, Speeches, Letters and New Dispatches, sel. and ed. by P. W. Blackstock and B. F. Hoselitz (Glencoe/Minn. 1952). Kap. 17–21. S. 203ff.

⁴ Neben dem biographischen Bertram D. Wolfe: Three who made a Revolution (1948, dtsh. Danubia Wien 1952), David Shub sr.: Lenin (1948, dtsh. Wiesbaden 1952) und literarischen Gérard Walter: Lénine (Paris) 1950, vgl. O. H. Gankin-H. H. Fisher: The Bolsheviks

um die Reste der im Weltkrieg zerbrochenen II. (sozialistischen) Internationale zu gewinnen und deren Erbe anzutreten. Schon bei ihrer Begründung erhielt die „Komintern“ den doppelten Aspekt: Träger einer gemeinsamen revolutionären Bewegung in allen Ländern zu werden und andererseits die Linksradiكالen des Auslandes als Hilfstruppen für die Behauptung der russisch-bolschewistischen Revolution anzusprechen, die durch Streiks beim Verladen von Truppen- und Waffentransporten die Interventionskräfte schwächen sollten.

Das Problem der Staatlichkeit der Räteherrschaft über das — ebenso wie das Habsburger Reich 1918/19 — unter nationalstaatlichen Parolen zerfallene ehemalige Zarenreich ist zwar in erster Linie durch die Erfolge der Roten Armee entschieden worden, während die kriegsmüden Ententemächte sich auf Mitteleuropa zurückgezogen hatten. Aber der revolutionäre Internationalismus des marxistischen Klassengedankens hat in jener Periode des Nationalismus⁵ ein entgegengesetztes, übernationales Prinzip eingesetzt, das nach Jahren der Ungeklärtheit innerer und äußerer Grenzen doch für die Vielvölkerwelt des Zarenreiches als gesamtstaatliches Band einer künftigen politischen Form gewirkt hat. Wenn auch der Weg von dem autoritären Föderationsprinzip Stalins für die RSFSR (1918) und dem liberaleren Unionsgedanken von 1922 immer mehr zu dem gesamtstaatlichen Charakter des Sowjetreiches geführt hat, so ist doch noch jahrelang die übernationale Seite des internationalen Programms, verbunden mit den nationalen Losungen für die asiatischen Völker, innen- und außenpolitisch wirksam gewesen. Die Überwindung des Nationalismus hatte Aussicht auf Erfolg, solange die Träger des liberalen Nationalgedankens vornehmlich zerschlagene Oberschichten und Intellektuelle waren; die Problematik ist in neuer Weise erstanden, seitdem die inzwischen schreib- und lesekundig gewordenen und durch die Technik „mobilisierten“ Völker in ihrer Masse sich als politische Realität erweisen.

Den Weg aus der Isolierung und Blockade des Jahres 1919 haben die von *Welt and the World War. The Origins of the Third International*. (Stanford/Cal. 1940), Maurice Pianzola: *Lénine en Suisse* (Genf 1952) und Branko Lazitch: *Lénine et la III. Internationale*. (Neuchâtel/Paris 1951.)

⁵ Zum Problem eines westlichen und eines östlichen Begriffes der „Nation“ und der darin gefaßten Realität vgl. Hans Rothfels: Grundsätzliches zum Problem der Nationalität. In H.Z. Bd. 174 (1952), S. 339ff., sowie seine Tübinger Antrittsvorlesung „Zur Krise des Nationalstaates“ im 2. Heft (April 1953) dieser Zeitschrift, ferner Theodor Schieder: in *Ztschr. f. Ostforschung*, Jg. 1 (1952). Die amerikanische Forschung anregend Hayes, Carlton J. H.: *The Historical Evolution of Modern Nationalism* (New York 1931); zur Entwicklung in der Sowjetunion vgl. Sergius Jakobson: *The Rise of Russian Nationalism*, im Report des Chatham House „Nationalism“ (London 1939); die programmatischen Erklärungen bei Werner von Harpe: *Die Grundsätze der Nationalitätenpolitik Lenins* (Berlin 1941), S. 152ff.; zum Problem des Föderalismus Georg von Rauch: *Rußland, Staatliche Einheit und nationale Vielfalt. Föderalistische Kräfte in der russischen Geschichte* (München 1953), S. 219ff.; neue fundierte Untersuchungen: Edige Kirimal: *Der nationale Kampf der Krimtürken* (Emsdetten 1952), John S. Reshetar jr.: *The Ukrainian Revolution 1917–1920* (Princeton 1952), Richard E. Pipes: *The First Bashkir Republic 1917–1920* (*The Russian Review*, Okt. 1950, S. 303–319), Mirza Hajit: *Die sozialen und kulturellen Strukturwandlungen in Turkestan 1917–1926* (Diss. Münster), Salomon M. Schwartz: *The Jews in the Soviet Union* (Syrakuse 1952).

wirtschaftlichen Vorkriegsvorstellungen erfüllten Hoffnungen der konkurrierenden Industrieländer gewiesen. Wenn Lenins, ebenfalls auf Vorkriegsanschauungen begründetes Angebot von Industrie- und Agrarkonzessionen vom Herbst 1920⁶ auch in der Folgezeit nur höchst bescheidene Ergebnisse gezeitigt hat, so bahnte es doch die Beziehungen zum Auslande an, das in erster Linie am Handel interessiert war. Aber auch der Außenhandel des durch die ablehnende Haltung in der Schuldenfrage und die zweifelhafte Kreditfähigkeit abgesonderten, revolutionären Staatswesens blieb weit hinter den noch auf der Wirtschaftskonferenz in Genua 1922 gehegten Erwartungen zurück und hat auch späterhin nur zeitweise für einzelne Industriezweige mancher Länder größere Bedeutung gewonnen. Eine strukturelle wirtschaftliche Verflechtung ist nicht wieder entstanden. Umso wichtiger wurde als Konsequenz dieser Isolierung das Außenhandelsmonopol der Räteregierung, das die Verbindung zu der unter anderem Recht stehenden Wirtschaft des Auslandes regulierte und oft genug auch als politisches Mittel benutzt wurde. Nicht minder bedeutsam waren die innenpolitischen Wirkungen dieses Regierungsmonopols, das als Instrument der Abschließung, der Zentralisierung, der Steuerung von Investitionen sich in allen Phasen der Entwicklung als ein Element der Staatlichkeit, der Planung und Autarkisierung erwiesen hat. Der hohe Grad von Autarkiefähigkeit des mit Rohstoffen reich versorgten eurasischen Raumes und die Möglichkeit der Minderung des Lebensstandards der Bevölkerung haben letzthin den ungestörten Ausbau der bolschewistischen Herrschaft über Rußland „neben“ dem Nachkriegseuropa ermöglicht⁷. Die von den Sowjetdelegierten schon in Genua vertretene These von der „Koexistenz“ verschiedener Wirtschaftssysteme und das Faktum ihres Bestehens in der Zwischenkriegszeit wird man deshalb ebensowenig ohne Berücksichtigung dieser räumlichen Zusammenhänge sehen dürfen wie die so oft wiederholte Formel von dem „friedlichen Nebeneinander“ gegensätzlicher politisch-gesellschaftlicher Systeme.

Die Bolschewiki sind nicht nur während eines Krieges der europäischen Mächte zur Herrschaft gelangt, sie verdanken auch ihre Behauptung an der Macht den Interessengegensätzen der Großmächte, wie ihnen schließlich im zweiten Weltkrieg der europäische und der fernöstliche Konflikt zur Weltmachtstellung verholfen

⁶ Lenins Rede vom 26. Nov. 1920 in: *Sämtliche Werke* (Wien-Berlin 1930) Bd. XXV, S. 623–646. Die Wirtschaftsbeziehungen zum Auslande wurden nach der grundsätzlichen Anerkennung der Exterritorialität der sowjetischen Außenhandelsvertretungen im Verträge mit Italien (1924) erstmalig durch den deutsch-sowjetischen Wirtschaftsvertrag in Rechtsform, einschließlich eines Schiedsgerichtsverfahrens, gefaßt. Vgl. G. Cleinow: *Die deutsch-russischen Rechts- und Wirtschaftsverträge nebst Konsularvertrag vom 12. 10. 1925* (Berlin 1926) sowie Georg Martius: *Die rechtlichen Grundzüge der deutsch-russischen Verträge vom 12. Okt. 1925*, in: *Ostenropa*, Jg. 1 (1925/26), S. 443 ff.

⁷ Die Absonderung der Sowjetunion aus den weltwirtschaftlichen Zusammenhängen hat erst deutlich werden lassen, wie gering die strukturelle Verflechtung der russischen Wirtschaft zur Zarenzeit gewesen ist. Das gilt sowohl für den unbedeutenden Anteil am Welt-handel (1913 nur etwa 4,2 % des Weltexport- und 3,6 % des Weltimporthandels nach Alexander Baykov: *Soviet Foreign Trade*. Princeton 1946, S. 64) wie für die geringe Bedeutung des Außenhandels für die Gesamtwirtschaft des Russischen Reiches.

haben. Auch ohne marxistische Krisentheorie oder Lenins Analyse des Imperialismus wies die Erfahrung der Nachkriegszeit die Politiker des Kreml auf das Leitprinzip hin, die Rivalitäten, Spannungen und Gegensätzlichkeiten innerhalb und unter den Mächten auszunutzen. Denn die historische Völkerrechtstradition der europäischen Mächte war im ersten Weltkriege zerbrochen, und zu der in Sieger und Besiegte geschiedenen Staatenwelt von Versailles und Genf und dem Gedanken der überstaatlichen Schiedsgerichtsbarkeit verhielten sich die Sowjets ablehnend. Alle Verträge mit anderen Staaten sind seitdem mit dem Signum Leninschen Vorbehaltes gezeichnet, d. h. genau begrenzter, vertraglicher Abmachungen „auf Zeit“, ohne übergeordnete rechtliche Gemeinsamkeit.

Folgerichtig hat der Kreml außenpolitisch bei den Besiegten des ersten Weltkrieges angesetzt, bei der zerschlagenen Türkei (1921), bei dem geschlagenen und durch einen „Korridor“ geteilten und gefährdeten Deutschen Reiche (1922) und bei dem benachteiligten China (1923)⁸. Die antiimperialistische Deklaration und der programmatische Verzicht auf Rechte des Zarenreiches in den Verträgen mit Afghanistan, Persien und der Türkei waren nicht nur geeignet, die gefährdete Südgrenze zu sichern, sondern richteten ihre Spitze gegen die britische Position im Nahen Osten⁹. Das gleiche gilt seit der Karachan-Erklärung vom Januar 1919 für die Verbindungen mit China; der alte britisch-russische imperialistische Antagonismus in Asien wurde nach der zehnjährigen Pause von 1907 bis 1917 von der Sowjetregierung mit der gefährlichen Waffe der antikolonialen Propaganda aufgenommen und dominierte in der Nachkriegszeit.

Auch der Abschluß des Vertrages von Rapallo steht noch im Zeichen der Nachkriegsatmosphäre¹⁰; es hat der staatspolitischen Leistung eines Grafen Brockdorff-

⁸ Vgl. hierzu den Bericht des Generals der Flieger a. D. Helm Speidel „Reichswehr und Rote Armee“ und die Vorbemerkungen von Hans Rothfels im ersten Heft dieser Zeitschrift, S. 9 ff.; zu der fast gleichzeitig nach den Absprachen mit Sun Yatsen (1923) erfolgten Entsendung von russ. Instruktionsoffizieren unter Blücher-Galen an die Kriegsschule in Wampoon (China): Conrad Brandt, Benjamin J. Schwartz, John K. Fairbank „A documentary History of Chinese Communism.“ (London 1952). Dok. 4f.

⁹ Zur Moskauer Außenpolitik vgl. die instruktive Übersicht von Jane Degras: Calendar of Soviet Documents on Foreign Policy 1917–1941 (London 1948) und die von ihr im Auftrag des Royal Inst. of Internat. Affairs in Übersetzung zusammengestellte dreibändige Dokumentensammlung „Soviet Documents of Foreign Policy“ Vol. I, 1917–1924 (London 1951), Vol. II 1925–1932 (1952), Vol. III 1933–1941 (1953). Eine zusammenfassende Darstellung der Moskauer Außenpolitik und internationalen Beziehungen in der Zeit Lenins liegt jetzt im dritten Bande der „Bolshevik Revolution 1917–1923“ von E. H. Carr (London 1953), „Soviet Russia and the World“ als Ergebnis sorgfältigen Studiums des russischen Materials (mit Bibl. und Reg.) vor. Die „dual policy“ von Narkomindel und Komintern und ihre Spannungen treffend analysiert in dem politischen Portrait Tschitscherins von Th. H. von Laue: Soviet Diplomacy. G. V. Chicherin, Peoples Commissar for Foreign Affairs, 1918–1930 in: The Diplomats 1919–1939. Ed. by G. A. Craig and F. Gilbert (Princeton 1953), S. 254–281.

¹⁰ Zu Rapallo vgl. die Vorbemerkungen des Herausgebers Hans Rothfels zu dem Bericht von H. Speidel: Reichswehr und Rote Armee, im 1. Heft dieser Zeitschrift (Jan. 1953), S. 14; ergänzend zu W. von Blücher: Deutschlands Weg nach Rapallo (Wiesbaden 1951), Hans von Raumer (Reichsschatzkanzler 1920/21, Reichswirtschaftsminister 1923), der als Vertre-

Rantzau und eines Stresemann bedurft, um diesen Vertrag nicht zu einer einseitigen Bindung, zu einem „Anti-Bündnis“ werden zu lassen, sondern ihn deutscherseits mit einer konstruktiven Europapolitik zu verbinden, wie es durch die Kombination der Locarno-Verträge und des Berliner Vertrages vom 24. April 1926 erreicht worden ist. Nach der Anerkennung durch die Labourregierung MacDonald (1924) und durch die Regierung Herriot im gleichen Jahre, schließlich durch Japan zu Beginn des Jahres 1925 war die Existenz des revolutionären Staatswesens vom Rande Europas bis zum Pazifik außenpolitisch stabilisiert.

II. Die Partei „jenseits der Klassen“

Lenins Gefolgschaft der Bolschewiki, die im Juli 1917 von der allgemeinen Revolutionsparole „Alle Macht den Räten“ auf die bolschewistische Forderung der „Diktatur des Proletariates und der Dorfarmut“ übergewechselt war und im Namen des „Proletariates“ im November die vollziehende Gewalt in Petrograd an sich gerissen hatte, handelte zwar im Glauben an die marxistische Geschichts- und Revolutionstheorie, aber im Namen einer Fiktion.

Die Partei der Bolschewiki, die unter den sozialistischen Parteien nur eine Minderheit vertrat¹¹, unterschied sich soziologisch kaum von den übrigen revolutionären Gruppen; sie gehörte zur russischen „Intelligenz“, jener sozial heimatlosen Zwischenschicht¹², die, nur der Idee einer künftigen idealen Gesellschaftsordnung

ter der Deutschen Volkspartei der deutschen Delegation für Genua zugeordnet war und auf den Abschluß des Vertrages eingewirkt hat: Dreißig Jahre nach Rapallo (Deutsche Rundschau, Jg. 78 H. 4, April 1952, S. 321–350) und Prof. M. J. Bonn, den Reichskanzler Wirth als Finanzsachverständigen hinzugezogen und als Mittelsmann zu Lloyd George in Anspruch genommen hat, den Vertrag im Interesse einer gedeihlichen Reparations- und Finanzpolitik negativ beurteilend, in: So macht man Geschichte. Bilanz eines Lebens (München 1953), S. 258–266; ferner Paul Scheffer aus der Erfahrung seiner späteren siebenjährigen Korrespondententätigkeit in Moskau: Die Lehren von Rapallo (Merkur 1953 H. 7 S. 372–392). Ernest F. Fisher: Road to Rapallo (Diss. Wisconsin 1953) und Lionel Kochan: The Russian Road to Rapallo (Soviet Studies Vol. II Oxford 1950, S. 109–122), überholt durch E. H. Carr: The Bolshevik Revolution 1917–1923 Vol. III (London 1953) Kap 28 und 29; Russia and Germany. To Genoa and Rapallo, S. 305–382. Eine gut fundierte Übersicht der Zusammenhänge „Deutschland und Rußland zwischen den Weltkriegen“ hat Paul Kluge in der H Z Bd. 171 (1950) gegeben. Fritz Klein: Die diplomatischen Beziehungen Deutschlands zur Sowjetunion 1917–1932 (Berlin, Rütten-Loening 1952) hat sich ohne Berücksichtigung des russischen Materials um eine sowjet-deutsche Ergänzung des dritten Bandes der Moskauer „Geschichte der Diplomatie“ (Moskau 1947) bemüht. Der Verlag Macmillan (New York) kündigt das Buch des ehemaligen Botschaftsrates der deutschen Botschaft in Moskau, Gustav A. Hilger, an, der als langjähriger Beobachter und Mitwirkender in besonderem Maße zu einer Darstellung berufen sein dürfte: G. A. Hilger and A. Meyer: The incompatible allies. German-Soviet relations 1918–1941, through the eyes of a diplomat who helped made them (New York 1953).

¹¹ O. H. Radkey: The election of the Russian Constituent Assembly of 1917 (Harvard Hist. Monographs 21. Cambridge/Mass.) gibt eine gute Analyse der Zusammensetzung.

¹² Nach Rudolf Stadelmann, der im Unterschied zu Eugen Rosenstocks gedankenreichem Entwurf (Die Europäischen Revolutionen. Jena 1926/Stuttgart 1952) das Thema einer „Typologie der Revolutionen“ für die sozialgeschichtliche Forschung gestellt hat, das entschei-

verpflichtet, den Zarismus bekämpft und zwei Generationen von „Berufsrevolutionären“ gestellt hat. Weniger ihrer sozialen Herkunft als ihrem Programm und ihrer Betätigung nach waren die Bolschewiki sicherlich am meisten der Arbeiterschaft der Hauptstädte und Industriezentren verbunden. Die „Klassenfremdheit“ der Partei aber, die in den Diskussionen der zwanziger Jahre eine so große Rolle gespielt hat, ist niemals überwunden worden. Stalin hat zwar in den Jahren 1922 bis 1929 den Anteil von wirklichen Fabrikarbeitern etwas erhöht, aber dadurch gegen Trotzki nicht ein proletarisch-revolutionäres, sondern das konservative und lenkbare Element in der Partei verstärkt. In der folgenden Zeit der Planwirtschaft, deren erdrückende Last die Arbeiterschaft zu tragen hatte, ist der Bestand schubweise ausgewechselt und die Partei zu einer Funktionärselite mit höherer Schul- und Hochschulbildung umgestaltet worden, deren Altersgliederung der politischen Hierarchie entsprach¹³.

Der Mythos von der „proletarischen Revolution“ wurde noch jahrelang gepflegt, die „proletarische Herkunft“ oft konstruiert; auch die Wahlbeschränkungen der Verfassung von 1923 trugen den Klassencharakter. Aber Lenin konnte im Frühjahr 1921 ohne Gefahr die soziale Revolution sistieren und die „Atempause“ der NEP mit dem „Rückzug“ vor den Bauern verkünden. Es war keine revolutionäre Bewegung mit sozialer Dynamik vorhanden, weder in der revolutionsmüden Arbeiterschaft noch unter den Bauern. Die Revolutionsdiskussion blieb auf die führenden Kreise der Partei „jenseits der Klassen“ beschränkt; auch der linke, oppositionelle Flügel konnte sich auf keine sozialen Gruppen stützen.

Vorherrschend blieb etwa ein Jahrzehnt die revolutionäre Bewegung im Bereich der „Intelligenz“. Hier wirkte in östlicher Variante ein geistig-künstlerischer revolutionärer Geist wie auch in den anderen Ländern Europas. In der Ära des mit André Gide ebenso wie mit Maxim Gorkij und Lenin befreundeten Volksbildungskommissars Lunatscharskij erfuhr er weite Förderung: Eisensteins und Pudowkins Filme, Tajrows, Mayerholds und Wachtangows Theater, Sergej Prokofiews Kompositionen, Majakowskijs Expressionismus, die freien Novellen der späteren Botschafterin Alexandra Kollontaj, Erziehungsexperimente, Aufklärungspropaganda und Photomontage — einige Jahre stand das bolschewistische Rußland mit an der Spitze der europäischen „Moderne“. Die Bemühungen um eine besondere „proletarische Kultur“ (Proletkult) blieben weit hinter dem Elan einer unbürgerlichen, aber auch unproletarischen revolutionären Kulturgesinnung zurück. Zwar beherrschten der Bruch mit der Tradition und der Internationalismus das Feld, aber noch jahrelang blieb Altes neben vergänglichem Neuen bestehen: Mussorgskijs Opern, das Petersburger Ballett, Stanislawskijs Theater haben allen Wechsel überstanden.

dende revolutionierende Element: Soziale und politische Revolution von 1848 (München 1948), S. 2 ff. Übereinstimmend hiermit für die russische Intelligenz der Beitrag des Verf. in der Friedrich-Braun-Festschr.: Eine politische Soziologie in Rußland. (Archiv für Kulturgeschichte XXIII, 1952, S. 257 ff.)

¹³ Zusammenfassende Angaben bei Boris Meißner: Stalinistische Autokratie und bolschewistische Staatspartei. In: Rußland im Umbruch (Frankfurt 1951), S. 10 ff. und: Das Generationsproblem im Kreml. In: Der Monat (1953), S. 522 ff.

Der Anspruch, im Namen des Geistes und des menschheitlichen Fortschritts einer besseren Zukunft zuzustreben, die Ächtung der privatwirtschaftlichen Interessen zugunsten des Wohles der Volksmassen haben nicht nur die sozialistische Intelligenz des Auslandes stark angesprochen, sondern auch manche Dichter und Gelehrte mit diesem unbürgerlichen Experiment sympathisieren und dessen Opfer vergessen lassen. Von diesem Fundus der Anteilnahme der „Sympathisierenden“, die man von Moskau aus bald in Vereinigungen zu organisieren begann, hat auch der Stalinismus trotz seiner reglementierenden Kulturpolitik noch jahrelang gezehrt.

Schon im letzten Lebensjahr des todkranken Lenin, dessen unangefochtene moralisch-politische Autorität zu fehlen begann, bekam die Diskussion in der uneinheitlichen Parteiführung politische und persönliche Schärfe. Trotzkijs intellektueller Radikalismus gab sich nicht mit dem innen- und außenpolitischen Übergangszustand der NEP zufrieden. Als mit dem Ende des Jahres 1923 die erneute Hoffnung auf den Durchbruch einer radikalen Revolution in Deutschland als gescheitert anzusehen war, geriet nach Lenins Tode (21. Jan. 1924) die offizielle Revolutionstheorie der Partei in eine Krise. „Im Laufe des Jahres 1924 ging der Angriff auf die Theorie der permanenten Revolution los“, schreibt Trotzki¹⁴. „Der politische Inhalt dieses Kampfes reduzierte sich auf die Meinung, daß wir uns nicht für die internationale Revolution zu interessieren hätten, sondern für unsere eigene Sicherheit, um unsere Wirtschaft zu entwickeln. Der jeden theoretischen Wertesbare Feldzug gegen die Theorie der permanenten Revolution diente dazu, eine nationalkonservative Abweichung vom Bolschewismus zu decken. Aus diesem Kampfe ging die Theorie des ‚Sozialismus in einem Lande‘ hervor.“ Trotzki, der schon im Jahre 1905/06 die bolschewistische Revolution „vorausgedacht“ hatte, hielt an seiner alten Konzeption der permanenten Revolution fest, „nach der die Revolution im Osten auf das westliche Proletariat den revolutionären Idealismus zu übertragen und in diesem den Wunsch zu wecken habe, mit dem Feinde ‚russisch‘ zu reden“. Er war auch jetzt noch überzeugt: „ohne die direkte staatliche Unterstützung des europäischen Proletariates kann sich die russische Arbeiterklasse nicht an der Macht halten und nicht aus ihrer zeitweisen Vorherrschaft eine dauernde sozialistische Diktatur machen“¹⁵.

„Sozialismus in einem Lande“ war aber die Revolutionsformel, die auch das Ausland noch akzeptieren konnte, um dessen diplomatische Anerkennung und Konzessionskapital man sich im Jahre 1924 lebhaft bemühte. Trotzki fand zwar mit seinem Programm gegen den Verrat an der Idee noch manchen Anhänger unter der alten revolutionären Garde des In- und Auslandes, aber die Stimmung des kriegs- und revolutionsmüden Landes entschied im Zentralkomitee gegen ihn.

¹⁴ Leo Trotzky: Stalin. Eine Biographie. (Köln 1952) S. 502. Nach der amerikanischen Ausgabe (1946) des bei seiner Ermordung (Aug. 1940) unvollendet hinterlassenen Werkes (Frz. Ausg.: Grasset 1948); ähnlich: Trotzki in seiner Geschichte der russischen Revolution (Oktoberrevolution) „Sozialismus in einem Lande?“ (Berlin, Fischer 1951) S. 674 ff.

¹⁵ Trotzky: Stalin, S. 556.

Die vordringlichen Aufgaben, vor die sich die Partei gestellt sah, bestanden in Regierung, Verwaltung, Wirtschaftsaufbau und Organisation eines Landes, das vor wenigen Jahren noch in sechs Staaten zerfallen war. Fachlich waren die Bolschewiki auf derartige Fragen, die nicht im Schwunge des Bürgerkrieges und mit Terror gelöst werden konnten, nicht vorbereitet; sie unterschieden sich von anderen Gruppen nur durch ihr programmatisches Bekenntnis zu Technik und Industrialisierung (Lenin: Bolschewismus gleich Sozialismus plus Elektrifizierung). In der Zeit der NEP sollten die restaurativen Kräfte der „Ehemaligen“ in Wirtschaft, Verwaltung, Industrie und Armee sowie auch auf dem flachen Lande gefördert werden, um das Land Atem holen und Produktion und Verkehr wieder in Gang kommen zu lassen. Die Partei mußte sich auf die Besetzung der „Kommandohöhen“ in Verwaltung und Wirtschaft und auf Kontrollfunktionen beschränken. Die Organisation, Steuerung und Kontrolle des neuen und komplizierten föderativen Staatsapparates bedingten wiederum einen entsprechend gegliederten und gestuften „Apparat“ der Partei, über den diese am Ende der Bürgerkriegszeit nicht verfügte. Der um ein Mehrfaches durch die Aufnahme von Revolutionären verschiedener Observanz und um Bürgerkriegshelden vergrößerte Bestand war uneinheitlich und für die neuen Aufgaben ungeeignet. Lenin hat das System der „Säuberungen“ und schubweisen Neuaufnahmen eingeführt, um eine kleine Eliteorganisation mit „Kadern“ zu erziehen. Parteidisziplin und Verbot von Fraktionsbildung wurden schon unter Lenin zum obersten Gesetz erhoben. Stalin hat dann von der Schlüsselstellung des Generalsekretärs aus diese Linie fortgesetzt und in zäher Verfolgung des Zieles sich den Apparat der Partei im Laufe vieler Jahre geschaffen und schließlich beherrscht. Lenin hatte im Unterschied zu seiner früheren polemischen Behauptung von Rußland als einem „Gutsbesitzerland“ eingesehen, in wie geringem Maße das Zarenreich eine „Klassenherrschaft“ gewesen sei, eher eine Beamtenherrschaft, die „mit 160 000 Menschen das ganze Reich regiert“ habe; diese meinte er durch die straff organisierte Partei ersetzen zu können. Lenin hat Parteispitze und Staatsregierung in seiner Person als Vorsitzender des Rates der Volkskommissare noch zusammengefaßt. Erst in der NEP-Zeit wurde das Primat der Partei über den restaurativen Staat herausgestellt. Dabei waren die Regierungsvorsitzenden, Rykow wie auch sein Nachfolger Molotow, Mitglieder des Politbüros, der höchsten Instanz aller politischen Entscheidungen¹⁶. Aber Stalin hat an der Scheidung von Partei und Staat auch dann noch festgehalten, als sich die staatliche Exekutive längst fest in den Händen der Partei befand und er selbst den „starken Staat“ forderte. Es erregte großes Aufsehen, als er in den kritischen Stunden des Mai 1941 den Vorsitz der Regierung übernahm¹⁷.

¹⁶ Die personelle Besetzung der Volkskommissariate (Ministerien) 1917–1955 bei Bertold Spuler: *Regenten und Regierungen der Welt*. Teil II. (Bielefeld 1955) S. 460–468; die 27 Mitglieder des Politbüros 1917–1951 mit der Dauer ihrer Zugehörigkeit vgl. Hoover Institute Studies. Ser. B: Elites Nr. 2 „The Politburo“ by G. K. Schueller (Stanford/Cal. 1951.), S. 70.

¹⁷ Telegramm vom 7. 5. und Bericht vom 12. 5. 1941 des Botschafters Graf von der Schulenburg. Seidl, S. 386 ff. Epstein-Carroll, S. 576 ff. Beachtung durch Hitler bei H. Greiner: *Die oberste Wehrmachtsführung 1939–1945* (Wiesbaden 1951), S. 385.

In den heftigen Diskussionen um die Entscheidung der offenen Fragen des innenpolitischen Kurses sind in den Jahren 1925–1930 die Auffassungen im Politbüro weit auseinandergelassen: um die Herbeiführung des „Sozialismus“, und sei es auch „in einem Lande“, um eine „geplante“ Industrialisierung weit über die Vorkriegskapazität hinaus, vor allem um das zentrale Problem der Bauernpolitik und der Agrarwirtschaft, der Schicksalsfrage Rußlands. Stalin, der wie die anderen Mitglieder an die Beschlüsse des Politbüros und des Zentralkomitees gebunden war, hat im Jahre 1927 nach dem Abbruch der Beziehungen mit England und nach dem Fiasko der doppelgleisigen Chinapolitik die radikale Opposition um Trotzki entfernen können. Im Jahre darauf hat er aber selbst in günstigerer außenpolitischer und wirtschaftlicher Lage den von der immer noch starken Linksoption geforderten Kurs eingeschlagen und gegen die hemmende Opposition des rechten Flügels die Beendigung der NEP, die gesteigerte Industrialisierung und den Kampf gegen das Mittel- und Großbauerntum durchgesetzt. Erst nach der Ausschaltung auch dieser alten Mitkämpfer Lenins im Politbüro, die sich mit gleichem Recht auf den toten Lenin berufen konnten und zudem die allgemeine Stimmung und die Vernunft für sich hatten, hat Stalin im Frühjahr 1930 abermals den Kurs gewechselt und das überstürzte Tempo des „Klassenkampfes auf dem Dorfe“ im Namen einer rechten Führung der Massen gebremst.

In diesem Prozeß der politischen Willensbildung, in der Polarität zwischen der revolutionären marxistischen Doktrin, auf die die Bolschewiki die Legitimität ihrer Herrschaft gründeten, und den Erfordernissen des Landes und der Zeit ist der persönliche Machtwille Stalins, die Ausschaltung jeder Opposition und politischen Diskussion, von der Heranbildung einer vielnationalen staatlichen Verwaltung nicht zu trennen; auch die Umwandlung der Partei von einer vielstimmigen Bewegung der russischen Intelligenz zu einer zentralisierten politischen Regierungsorganisation des Vielvölkerreiches steht unter dem Zwange der Ausübung der Macht. So enthält das mit haßerfüllten Augen gesehene Bild Stalins, dieses „mediokren Charakters“, das Trotzki in seiner nachgelassenen Stalin-Biographie nach einem Gespräch aus dem Frühjahr 1924 wiedergibt, doch nur die halbe Wahrheit¹⁸: „Die Dialektik der Geschichte hat sich seiner schon bemächtigt und wird ihn noch höher tragen. Alle brauchen ihn, die müde gewordenen Revolutionäre, die NEP-Leute, die Emporkömmlinge, die Bedientenseelen, alle diese Würmer, die über den von der Revolution ungepflügten Boden kriechen. Er versteht es, ihnen auf ihrem Terrain entgegenzukommen, er spricht ihre Sprache und weiß sie zu führen, er hat den verdienten Ruf eines alten Revolutionärs, was ihn für den Zweck, das Land zu verblenden, unschätzbar macht; er hat Willenskraft und Kühnheit, er wird niemals zögern, sie gegen die Partei zu richten, sich ihrer gegen sie zu bedienen; er hat schon begonnen, es zu tun.“

¹⁸ Trotzki; Stalin, S. 498 f.

III. Die Stalinistische Revolution

„Man darf nicht hinter der Bewegung zurückbleiben, denn zurückbleiben heißt, sich von den Massen losreißen. Man darf auch nicht voranlaufen, denn Vorlaufen bedeutet, die Verbindung mit den Massen verlieren. Wer die Bewegung führen will und gleichzeitig damit die Verbindung mit den Millionenmassen aufrechterhalten will, der muß einen Kampf gegen zwei Fronten führen — gegen die Zurückbleibenden und gegen die Vorlaufenden“¹⁹. Diese programmatische Erklärung Stalins am Schlusse seiner in der Bedeutung oft mit Lenins NEP-Rede im Frühjahr 1921 verglichenen ersten diktatorischen Weisung zur Mäßigung der überstürzten Kollektivierung im März 1930 gibt einen wesentlichen Zug seines politischen Handelns preis. Sie trifft ebenso den Zickzackkurs der „Generallinie“ zwischen Links- und Rechtsopposition wie sein von Trotzki zu Recht als „unlogisch“ geschmähtes Verhalten in grundsätzlichen Fragen²⁰, auch seine außenpolitische Taktik der Anpassung an die internationale Lage. Sie läßt zugleich den Vorrang der geschichtlichen Wirklichkeit vor der abstrakten Idee in seiner Vorstellungswelt vermuten, wodurch er sich von dem Lenin vor der Oktoberrevolution unterscheidet. Trotz seines andersartigen, ungeistigen politischen Stiles hat Stalin doch die Politik Lenins fortgesetzt, der nach der Machtergreifung stets das Utopische vor dem Erreichbaren zurückgestellt hat und für die Diskrepanz aufschiebende Losungen wie die der „Atempause“, der „Taktik“ oder der „Kriegsbündnisse“ eingeführt hat.

Das Prinzip der „Massenführung“ entsprach Stalins zehnjähriger Erfahrung innerhalb und außerhalb der Partei. Von jetzt ab diente die Berufung auf die „Masse“, wie später die auf die „Völker“, als ein Gegengewicht zur Partei und als ein Mittel zu ihrer Beherrschung. Die Anpassung des politischen Stiles an die Massen des Sowjetreiches bedingte aber eine Berücksichtigung der kleinbürgerlich-bäuerlichen Mentalität. So beginnt um das Jahr 1930 der Abbau der intellektuellen Revolution; es erfolgt die Trennung von der europäischen Kulturgesinnung in Literatur und Kunst, am spätesten noch in der Musik. Bald folgt die nächste Etappe der Kulturpolitik: die schon von Lenin im Namen der „Parteilichkeit“ begründete Ablehnung des „freien Schaffens“²¹ wird zum „Dienst“, Dienst an der gemeinsamen Aufgabe, der nach den jeweiligen Weisungen und nur „im Kontakt mit den Massen“ erfüllt werden sollte; materialistisch gewendet, sollten die Schriftsteller und Künstler, die Wissenschaftler und nicht zuletzt die Historiker als „Ingenieure der Seele“ das erforderliche Bewußtsein der Massen konstruieren.

Der Klassenkampfgedanke war innerhalb der Sowjetunion gegenstandslos geworden, nachdem auch das Groß- und Mittelbauerntum vernichtet worden war. Die

¹⁹ „Prawda“ vom 2. März 1930, anl. der Veröffentlichung des „Musterstatuts für das landwirtschaftliche Artel“ vom gleichen Tage. Wortlaut in deutscher Übersetzung in „Osteuropa“ Bd. 5 (1929/30), S. 456–60.

²⁰ Trotzki: Die wirkliche Lage in Rußland (Hellerau 1928), S. 251.

²¹ Vgl. hierzu das wohlabgewogene Urteil Michael Karpowitschs „The Historical Background of Soviet Thought Control“ in: The Soviet Union: Background, Ideology, Reality. Ed. by Waldemar Gurian (Notre Dame/Ind. 1951), S. 16 ff.

Betonung der Einheit, des „sozialistischen Vaterlandes“, der „Völkerfamilie“, der Heimat trat in den Vordergrund. Auch die Geschichte Rußlands als des gemeinsamen Vaterlandes durfte nicht länger der zersetzenden marxistischen Analyse ausgesetzt werden²². Der Weg führte über das Lob der Sprache Lenins und Puschkins zum Lob des Volkes in der Vergangenheit und weiter zum Preise der heroischen Geschichte gegenüber dem Auslande in Film und Literatur. Noch lange lagen internationaler Fortschrittsglaube und Geschichtslegende in krassem Widerspruch und versetzten den Sowjethistoriker in schwierige Situationen.

Im Zeichen der Führung und des Kontaktes mit den Massen hat sich im „Stalinismus“ eine Durchsetzung des Bolschewismus in erster Linie mit russischen Wesenszügen der vorliberalen Zeit in Vorstellungswelt und Denkweise, in Lebensform und dem Verhalten zu anderen Völkern vollzogen²³. Bereits im Herbst 1929 zog Otto Hoetzsch die Bilanz seiner Eindrücke in Moskau: „In der Theorie sozialistisch, in der Praxis absolutistisch und nach innen und außen merkantilistisch. Die Ähnlichkeit zwischen dem Rußland Stalins und dem Rußland Nikolaj I. liegt auf der Hand. Nur daß die Klasse gewechselt hat, die den Staat beherrscht. Und die Ähnlichkeit zwischen dem Rußland Stalins und dem des Grafen Witte desgleichen. Aber mit einem Riesenunterschied! Witte führte durch seine Wirtschaftspolitik den Staat immer stärker nach Europa hinein. Der Stalinismus wird immer europäfer.“²⁴

Die Periode des ersten „Fünfjahresplanes“ (1928–1932), richtiger die Jahre von 1929 bis 1934, von dem ersten Jahre der Zwangskollektivierung bis zum Ende der großen Hungerkatastrophe und der Durchsetzung des Kollektivsystems trotz des Millionenverlustes von Menschen und Tieren, sind als die Zeit der „stalinistischen Revolution“ bezeichnet worden. Es erfolgten nicht nur gewaltsame Eingriffe in das soziale Gefüge wie nach der Novemberrevolution von 1917, sondern es wurde eine totale Umschichtung der sozialen Struktur eingeleitet. Dabei entschied über die Sozialverfassung Rußlands nicht die propagierte Industrialisierung mit ihren Großprojekten wie dem Dnjeprstaudamm, Turksib, Magnetogorsk, die vielfach auf Planungen der Zarenzeit zurückgingen, sondern die Agrarfrage. Stalin selbst hat nach dem Kriege die Kollektivierung eine „Revolution von oben“ genannt, deren zahllose Opfer er im Gespräch mit Churchill nicht verschwiegen, aber als „Notwendigkeit“ gerechtfertigt hat. Die Einführung der kollektiven und maschinellen Bearbeitung

²² Georg von Rauch: Grundlinien der sowjetischen Geschichtsforschung im Zeichen des Stalinismus, in: Europa-Archiv 5. Jg., H. 19, 20, 21 (Okt./Nov. 1950) sowie: Die sowjetische Geschichtsforschung heute, in: Die Welt als Geschichte 11 (1951), S. 249 ff.

²³ Frederick C. Barghoorn (Yale Univ.) hat diese Zusammenhänge verfolgt in: Stalinism and the Russian Cultural Heritage, Review of Politics (Notre Dame/Ind. April 1952), (Dtsch.: Ostprobleme 1952, No. 32 v. 9. 8. 1952, S. 1047 ff.) und: The image of Russia in Soviet Propaganda, in: Soviet Imperialism. Its Origins and Tactics. Ed. by Waldemar Gurian (Notre Dame/Ind. 1953), S. 137–165. Zur geistig-politischen Struktur vgl. des Verf.: Rußland und die abendländische Welt. Zum Problem der Kontinuität in der russischen Geschichte. In: Deutschland u. Europa. Festschrift für Hans Rothfels. Hrsg. von Werner Conze (Düsseldorf 1951), S. 293 ff.

²⁴ Osteuropa, Bd. 5 (1929/30), S. 378.

des Dorflandes, die Überwachung des flachen Landes von einem Netz von Traktorenstellen aus und die Sicherstellung der Überschüsse für die Regierung griffen bis in jedes Dorf des weiten Reiches, bald auch in die Nomadengebiete ein²⁵. Bindung an das Kollektiv und Freisetzung von Arbeitskräften für die industrielle Wirtschaft haben eine Arbeitsorganisation entwickelt, von der Stalin behauptete, sie habe die Ernährung im Kriege sichergestellt. Dem System der Zwangsarbeit, das seit dieser Zeit zu einem volkswirtschaftlichen Faktor bei der Durchführung großer Unternehmen besonders in entlegenen Gebieten geworden ist, und der an den Arbeitsplatz auf dem Lande wie in der Fabrik gebundenen Arbeitswelt standen jetzt Möglichkeiten des Fortkommens durch Schule, Technik und Partei gegenüber, die die aktiven Kräfte vom Lande abzogen. Diese stalinistische Revolution der sozialen Umschichtung stützte sich auf den Aufstiegswillen und Jugendoptimismus der starken, nicht mehr von Krieg und Revolution dezimierten Jahrgänge 1905 bis 1915, d. h. auf die Generation, die andererseits keinen aktiven Anteil mehr an der politischen Revolution des Jahres 1917 gehabt hatte. Im Glauben an den unbegrenzten technischen und wissenschaftlichen Fortschritt wurde unter der Parole „Einholen und Überholen“ des Auslandes ein Stück „industrieller Revolution“ nachgeholt, die Europa über lange Zeiträume im 19. Jahrhundert erlebt hatte. Die Bewunderung für amerikanische Großtechnik und der Rausch eines bisher in Rußland unbekanntem „Tempo“ gehörten zur Propaganda des „sozialistischen Aufbaues“.

Der „Plan“, der jahrelang als das oberste Gesetz des Sowjetlebens galt und unter dessen Anonymität sich der Sieg der unifizierenden Regierungsgewalt des Stalinismus über die revolutionäre Tradition der zwanziger Jahre vollzog, hat wesentlich zur Veränderung der geistigen Struktur des Bolschewismus beigetragen. Der Weg in die utopische Zukunft wurde durch konkrete Nahziele der jährlichen Planerfüllung abgesteckt. Der dem marxistischen Gesellschaftsideal innewohnende technisch-wirtschaftliche Optimismus stürzte sich in ein Pathos von Produktionsziffern und industriellem Fortschrittsglauben, dessen „Konjugieren im Futurum“ die Not des Sowjetalltages überwinden helfen mußte. Die ideologische Verlagerung der Funktion des Menschen vom Glied des dialektischen Geschichtsprozesses zum Rädchen in der knarrenden Maschine des Fünfjahrplanes hat die erste Planperiode bis zur völligen Übermüdung beherrscht. Erst um das Jahr 1934 wurde dieser Utilitarismus durch eine neue Betonung des „Menschen“, auch der individuellen Leistung und des Heroismus abgelöst, die von 1937 an immer mehr im Sowjetpatriotismus aufging. 1934 liegt auch das wirtschaftspolitische „System“ trotz weiterer Experimente in den Grundzügen fest. Wie stark diese „Befehlswirtschaft“²⁶ nur eine Art Kriegs-

²⁵ Seit der ersten Untersuchung von Otto Schiller: Die Kollektivbewegung in der Sowjetunion. Osteurop. Forsch. NF. Bd. 8 (Berlin 1931) und seinen jährl. Übersichten in Ber. ü. Landw. (Parey, Berlin) hat die ausländ. Forschung neben dem betriebswirtschaftl. Problem in der Nachkriegszeit bes. die sozialökonomischen Zusammenhänge berücksichtigt (Naum Jasny, K. Brandt, L. Volin). Schiller: Das Landvolk der UdSSR im gesellsch. Umformungsprozeß. Ber. ü. Landw. (1952) H. 3.

²⁶ Eine treffende Formulierung Adolf Webers für jene Periode in „Marktwirtschaft und Sowjetwirtschaft“ (München 1949), S. 235 ff. („direkte Befehlswirtschaft“).

und Notzustand einer wenig differenzierten, schwerindustriellen Produktion war, die der ständigen zentralen Befehlsgebung bedurfte, ist erst aus der Perspektive der Nachkriegszeit und der zunehmenden Verlagerung der Planung in die produzierenden Betriebe deutlich geworden.

Seit dem Jahre 1929/30 stellte der „Plan“ die Diskussion der Bolschewiki mit dem Auslande auf eine völlig neue Ebene. Den Erscheinungen der Weltwirtschaftskrise²⁷, den Millionenheeren von Arbeitslosen und dem Zusammenbruch der europäischen Finanzwirtschaft konnte die Moskauer Propaganda den „sozialistischen Aufbau“ entgegenstellen; der Gedanke einer mehrjährigen Wirtschaftsplanung sprach nicht nur alle Anhänger der Staatsintervention, Parteien wie Regierungen, an, er wirkte auch wie ein Fingerzeig zur Überwindung der Krise in anderen Ländern.

Der Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise (1932) fiel freilich mit der Hungerkatastrophe in Rußland zusammen, obwohl zwischen beiden Ereignissen kein anderer Zusammenhang bestand als die gemeinsame Wurzel des Zerfalls der europäischen Vorkriegswirtschaft im Verlauf des ersten Weltkrieges. Zwangen die gesunkenen Weltmarktpreise die Sowjets zu Schleuder- und Hungerexporten, um die notwendigen Importdevisen für die Durchführung des ersten Fünfjahrplanes zu erhalten, so traf dieser Export besonders bei Spitzenverkäufen die ohnehin gestörten Weltmärkte und löste eine Reihe von Anti-Dumping-Gesetzen in Großbritannien, Frankreich und den USA aus²⁸. Eine Welle der Empörung über das System der Zwangsarbeit in der Sowjetunion, als deren Ergebnis der den Weltmarkt unterbietende Holz- und Getreidepreis jetzt im Ausland offenkundig wurde, ging insbesondere durch die angelsächsische Welt. 1933 nahmen die Sowjets zum ersten Male seit Genua (1922) wieder an einer Weltwirtschaftskonferenz, in London, teil. Ihre These vom „System“-Charakter der sowjetischen Planwirtschaft hat lange Zeit die internationale Diskussion über Wert und Unwert dieses extremen Gegensatzes liberaler Wirtschaft bestimmt und darüber oft vergessen lassen, in welchem Maße diese Wirtschaftspolitik den eurasischen Raum und die Lebensweise seiner Menschen zur Voraussetzung hatte und daß sie mit einer zwangsweisen Erschließung weiter „unentwickelter Gebiete“ des Sowjetreiches verbunden war.

IV. Sowjet-Demokratie und Anti-Faschismus

Die Isolierung des Rätestaates neben den sich wirtschaftlich erholenden und politisch konsolidierenden europäischen Staaten war seit dem Ende der unmittelbaren Nachkriegsperiode, mit der auch die weltrevolutionären Hoffnungen vertagt werden mußten, für die Sowjetregierung immer fühlbarer geworden. In den Locarno-verträgen und der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund hatte Moskau eine Entwertung des Rapallovertrages und die Verstärkung einer Antisowjetfront der

²⁷ Vgl. den Beitrag von Andreas Predöhl: „Epochenbedeutung der Weltwirtschaftskrise“ im H. 2 dieser Zeitschrift, S. 97.

²⁸ 1931 erschienen die beiden Bücher des amerikanischen Journalisten Knickerbocker: *Der Rote Handel droht, Der Rote Handel lockt*.

Westmächte gesehen²⁹. Ein erster Versuch, sich andere Sicherungen zu verschaffen, das Angebot eines Nichtangriffspaktes an Polen im Herbst 1925 und die Fühlungnahme mit Paris zur gleichen Zeit, war gescheitert³⁰. Nach dem Staatsstreich Pilsudskis (Mai 1926), dieses erklärten Gegners Rußlands ebenso wie des Bolschewismus, konnte wenigstens im September 1926 mit Litauen ein erster Nichtangriffspakt abgeschlossen werden.

Seit dem Frühjahr 1927 nahm Tschitscherins Stellvertreter und späterer Nachfolger Litwinow an der vorbereitenden Abrüstungskonferenz teil und entwickelte mit seinen provozierenden radikalen Abrüstungsvorschlägen — die der Sachlage nach oft mit den deutschen Wünschen übereinstimmten — bald eine eigene außenpolitische Ideologie. Die Initiative dieses beweglichen und anpassungsfähigen Geistes hat erfinderisch nach neuen völkerrechtlichen Möglichkeiten für die Sowjetpolitik gesucht und über die „Litwinow-Protokolle“ (1929), die Londoner „Definition des Angreifers“ (1933), den Eintritt in den Völkerbund (1934) und die „Unteilbarkeit des Friedens“ (1937) neue Wege der Einflußnahme auf die internationalen Beziehungen erschlossen.

Jahrelang war es der Sowjetunion nicht gelungen, den „cordon sanitaire“, in dem Polen die Schlüsselstellung behauptete, zu überwinden. Mit den Staaten der Kleinen Entente, zuvorderst mit Rumänien wegen der bessarabischen Frage, bestanden keine diplomatischen Beziehungen. Die Litwinow-Protokolle vom Februar und Juni 1929, die den Kriegsächtungspakt Kelloggs und Briands gesondert für die Nachbarn der Sowjetunion im Westen und im Süden vorzeitig in Kraft setzten, entsprachen nicht nur der Moskauer Vorstellung eines regionalen Vertragssystems um die Sowjetunion³¹, sondern Litwinow hatte damit auch den ersten Kontakt mit den Staaten des französischen Bündnissystems hergestellt. Dabei hatte man in Moskau eingesehen, daß der Weg nach Warschau zu jener Zeit noch über Paris führen mußte. Nach langen Verhandlungen erreichte die Sowjetdiplomatie im August 1931 die Paraphierung eines Nichtangriffspaktes mit Frankreich und danach die Verträge mit Finnland, Lettland, Estland und den dringend erwünschten Nichtangriffsvertrag mit Polen (25. Juli 1932). Mit der Unterzeichnung des paraphierten Vertrages durch die zögernde französische Regierung im November 1932 war der Anschluß an das einst so bekämpfte französische Paktsystem endlich erreicht. So war im Herbst 1932 der Frontwechsel zu einer antirevisionistischen Politik vollzogen³² und eine neue inter-

²⁹ Zur Moskauer Nachkriegsdeutung der „Westblock-Politik“ von Locarno vgl. neben *Gesch. d. Diplomatie*, Bd. III, 12. Kap., S. 367 ff. V. M. Turok: *Lokarno*. Akad. Nauk SSSR. Inst. Istorii. (Moskau 1949.)

³⁰ Joseph Beck: *Dernier rapport. Politique polonaise 1926–39*. (Paris 1952), S. 10.

³¹ Vgl. Walter Wache: *System der Pakte* (Berlin 1938), W. W. Hartlieb: *Das politische Vertragssystem der Sowjetunion 1920–35* (Leipzig 1936), Max Beloff: *The Foreign Policy of Soviet Russia 1929–1941*. 2 Bde. (London 1947/49.)

³² Vgl. O. Hoetzsch: *Le caractère et la situation internationale de l'Union des Soviets*. (Berlin-Genf 1932), P. Milionkov: *La politique extérieure des Soviets* (2. Aufl. Paris 1936) und die Darstellung nach Ländergruppen von Beloff (Oxford): *The Foreign Policy . . . Vol. I* (London 1947), S. 20 ff.

nationale Konstellation in Mitteleuropa vorbereitet. Der Eintritt in den Völkerbund nach dem Austritt Japans und Deutschlands und die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen durch die Vereinigten Staaten waren weitere Schritte auf dem Wege zur „gleichberechtigten Macht“ ohne Preisgabe der Sonderstellung.

Den 7. Kongreß der Komintern, der zur Überraschung des Auslandes am 25. Juli 1935 unter dem Vorsitz von Wilhelm Pieck und dem Präsidium Thälmanns in Moskau zusammentrat, während Litwinow der Genfer Versammlung präsiidierte und zur gleichen Zeit in Leningrad der 15. Internationale Physiologenkongreß unter dem Vorsitz des anerkannten Forschers I. P. Pawlow zum ersten Male 800 Gelehrte aus der ganzen Welt in die Sowjetunion gelockt hatte, wird man als ein Symptom der vielschichtigen Sowjetpolitik ansehen können. Auf diesem vierwöchigen Kongreß von Kommunisten aus 58 Ländern wurde die Taktik begründet und beschlossen, die sich aus der neuen Lage nach der Vernichtung der kommunistischen Partei in Deutschland, den wirkungsvollen Parolen des Nationalsozialismus, der Volksfrontpolitik in Frankreich und nicht zuletzt auch aus der veränderten Lage in der Sowjetunion und der Ideologie des Stalinismus ergab. Sie hat in den Grundzügen die Krise des Paktes von 1939 überdauert und ist erst in der Nachkriegszeit in vollem Ausmaß wirksam geworden.

Der Kampf gegen die Sozialdemokratie, der noch den 6. Kongreß sieben Jahre zuvor (1928) beherrscht hatte — allerdings 1932 bereits hinter der Parole „Hilfe für die SU“ zurückgestellt war —, wurde jetzt im Zeichen des „Kampfes gegen den Faschismus“ aufgegeben; dafür wurde die Forderung nach „Einheitsfronten“, sogar mit bürgerlich-demokratischen Elementen, vorangestellt. Das französische Modell der Volksfrontpolitik, über das Cachin berichtete, sollte das Vorbild sein. Auch jetzt stand die Losung voran: „Hauptparole für die Kommunisten der ganzen Welt ist der Kampf für die Sowjetunion“ (Prawda vom 25. 7. 1935), und die Entscheidung vom 20. August endete: „Mit allen Kräften und Mitteln der Sowjetunion dienen. Kampf gegen die Feinde der UdSSR.“ Für dieses Verhalten, das den Erfolg über jede weltanschauliche Begründung stellte und die Ausbildung von geeigneten „Kadern“ erforderte, fand Dimitroff⁸⁸, der spätere Regierungschef der bulgarischen Volksdemokratie, am 2. August die treffende Formulierung von der Taktik des „trojanischen Pferdes“: Einbruch in die Organisationen, auch in die konfessionellen, ihre Unterhöhnung und Sprengung zur Bildung einer weltrevolutionären Einheitsfront. Vor allem — und hierbei konnte sich Dimitroff sowohl auf das sowjetische wie auf das deutsche Beispiel der dreißiger Jahre beziehen — sei die Anpassung an die Massen erforderlich; die kommunistischen Parteien sollten die Völker bei

⁸⁸ Wortlaut der Reden und Beschlüsse in „Prawda“ Juli/August 1935; zur gleichzeitigen Lage der kommunistischen Parteien in Europa vgl. Fr. Borkenau: The Communist International (London 1938) und: Der Europäische Kommunismus. Seine Geschichte von 1917 bis zur Gegenwart. (München 1952) S. 212. Zur Rückwirkung des Kongresses auf die Beziehungen zu den USA vgl. Robert Paul Browder: The Origins of Soviet-American Diplomacy (Princeton 1953), S. 204ff. (im Anh. der diplomatische Briefwechsel zur Anerkennung im Nov. 1933) und: Foreign Relations of the United States; The Soviet Union 1933–1939. US Government Printing Off. (Washington DC 1952).

ihrer nationalen Ehre packen und ihnen ihre geschichtliche Vergangenheit entsprechend deuten. „Wer annimmt, der Grundsatz des proletarischen Internationalismus erlaube es ihm oder veranlasse ihn sogar, auf die nationalen Gefühle der breiten Masse zu pfeifen, der ist weit entfernt vom wahren Kommunismus.“ Der Sprecher der bolschewistischen Sektion und Leiter des Moskauer Kominternbüros, Manuil-skij, sprach von der „fortschreitenden Demokratisierung der Massen in der Sowjetunion“ und der Aufgabe, „die proletarische Diktatur durch die reale Verwirklichung der Sowjetdemokratie zu unterbauen“. Der Komintern gab er die Weisung: „Gegenwärtig haben die Kommunisten als die einzigen Verfechter wahrer Volksdemokratie aufzutreten, der sozialistischen Demokratie, die, gesichert durch gleiche, direkte und geheime Wahlen, sich unter den Bedingungen des Sozialismus und der proletarischen Diktatur verwirklicht.“

Die Kombination dieser für westeuropäisches Denken unvereinbaren Parolen wurde wenige Monate später, zu Beginn des Jahres 1936, der Tenor der vorbereiteten Propaganda für die neue Verfassung vom 6. Dezember 1936. Mit ihr wurde der Antagonismus der Klassen in der Sowjetunion als beseitigt erklärt, die Wahlbeschränkung der alten Klassenkampfverfassung vom 6. Juli 1923 aufgehoben. Der Rahmen einer liberal-demokratischen Verfassung mit Grundrechten des Individuums nach westlichem Muster bildete freilich nur das Gehäuse einer völlig andersartigen Verfassungswirklichkeit³⁴, und jeder Begriff enthielt eine besondere sowjetische Wortbedeutung. Die Kodifizierung individueller Rechte und die gegenwartsbezogene Staatlichkeit der „sozialistischen Demokratie“ sollten nach Stalin den erreichten Zustand einer sozialistischen Gesellschaftsordnung aus Arbeitern und Bauern erfassen, dazu der Intelligenz, die erst nach dem zweiten Weltkrieg als besondere dritte „Klasse“ aufgeführt wurde.

Nicht weniger haben die Schauprozesse das geistige Gesicht und die Ideologie des Stalinismus geprägt, die zur gleichen Zeit, von 1936 bis zum Frühjahr 1939, in halb-jährigen Abständen der Sowjetöffentlichkeit vorgeführt wurden, während Millionen von Menschen der Intellektuellen-, Behörden- und Offiziersschicht ohne Aufsehen abgeurteilt wurden. Wieder ließ Stalin, wie im Jahre 1929, die Welle des radikalen Terrors in der ganzen Union sich erst überschlagen, ehe er, wie im Frühjahr 1930, jetzt mit der Ernennung Berijas zum Innenkommissar im Herbst 1938 die Mäßigung befahl. Bei den Anklagen, die weithin die Diktion Wyschinskijs aufwiesen, ging es um die Erniedrigung des Menschen, um die Humilitas in Beichten und Bekenntnissen³⁵, um die Einsicht der beschränkten individuellen Erkenntnisfähigkeit gegenüber der Weisheit der obersten Sowjetgewalt; zugleich um den Vorrang der Masse und des Landes vor dem einzelnen.

³⁴ Vgl. Reinhart Maurach: *Sowjetische Demokratie*. Schriften der Hochschule für politische Wissenschaften, H. 5/4 (München 1950), sowie: *Das Rechtssystem der UdSSR*. Forschungsberichte der Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung Nr. 18 (Göttingen 1953), S. 3f.

³⁵ Alexander Weißberg-Cybulski: *Hexensabbat. Rußland im Schmelztiegel der Säuberungen*. Frankfurt/M. 1951. Titel der engl. Originalausg.: *Conspiracy of Silence*. (London 1948). I. M. Bochenski: *Der sowjetrussische dialektische Materialismus*. München 1950. (Sammlung Dalp.) G. A. Wetter: *Der dialektische Materialismus*. Wien 1952.

Daß dieser blutige Prozeß der Prägung eines „Sowjetbewußtseins“ und einer Sowjetmoral und die Beseitigung der alten Garde der Revolution, aller – politisch längst erledigter – Mitarbeiter Lenins, aller an „Abweichungen“ einst Beteiligten, aller des Trotzismus Beschuldigten, aber auch der des Bonapartismus verdächtigten Armeeführung, kurz jedes auch nur potentiellen Gegners Stalins, in dem aufziehenden drohenden Weltkonflikt mit der Anklage des Landesverrats, der Spionage und Sabotage im feindlichen Auftrag begründet wurde, gab dem Sowjetpatriotismus, insbesondere der Jugend, die scharfe Zuspitzung³⁶.

Wie der Kominternkongreß, dem ein entschiedener Protest der Regierung der Vereinigten Staaten vom 25. Aug. 1935 gefolgt war, der Begründung des „Antikominternpaktes“ zwischen dem Deutschen Reich und Japan vom 25. Nov. 1936 im Auslande eine ungewöhnliche Resonanz verlieh, so setzten die Prozesse, die die Armee ihres gesamten alten Kommandostandes beraubten, den Wert einer etwaigen Bündnisfähigkeit Sowjetrußlands erheblich herab³⁷.

V. Imperialismus des zweiten Weltkrieges

Im zweiten Weltkrieg, der nicht zuletzt durch das Verhalten Stalins im Sommer 1939 mit ausgelöst worden ist, hat die Sowjetregierung reine Macht- und Mächtepolitik getrieben. Mit seiner Rede vor dem 18. Parteikongreß am 10. März 1939 hatte Stalin das Ausland und besonders Berlin wissen lassen, daß er nicht der Gefangene einer Ideologie sei und die volle Freiheit des Handelns gegenüber allen Mächten besitze. Der in den Moskauer Verhandlungen mit der britisch-französischen Mission mit militärischen Argumenten begründete Anspruch auf die baltischen Staaten durch Besetzung der Inseln und Häfen im Kriegsfall (14. 8.) führte schon im Molotow-Ribbentrop-Pakt (23. 8.) zu der verhängnisvollen Abgrenzung von „Interessensphären“, jenem Prinzip aus der Zeit des Imperialismus der Großmächte, das die Sowjetregierung auch bei allen späteren Vereinbarungen mit den Kriegsbündnispartnern und für die Nachkriegszeit verfolgt hat.

Als nächste Folgerung des neuen Imperialismus stellte Moskau im ersten Kriegsjahr die Forderung nach Stützpunkten außerhalb des Sowjetterritoriums, so in den Beistandspakten mit den baltischen Staaten im Sept./Okt. 1939 und im Friedensvertrag

³⁶ In den gleichen Jahren 1937–39 erschien nicht nur E. V. Tarlés „Invasion Napoleons in Rußland im Jahre 1812“ (Moskau 1938, dtsh.: Napoleon in Rußland 1812, Zürich 1944), sondern eine ganze Reihe von Arbeiten und populären Schriften, die das Thema eines Angriffs auf Rußland und die Ukraine und der siegreichen Verteidigung historisch-patriotisch behandelten. Vgl. die Bibliographie von Werner Philipp in: Jhrb. f. Gesch. Osteuropas 1939/40.

³⁷ Besonders aufschlußreich in: Documents on British Foreign Policy (1919–1939) Ed. by E. L. Woodward, R. Butler. III. Series, Vol. IV 1939 (London 1951). Doc. No 183, S. 188 ff.: Bericht des brit. Botschafters Sir W. Seeds an Halifax vom 6. März 1939 mit 4 Anlagen: The political stability of the Soviet Union, The Red Army, The Soviet Air Force, The economic situation in the SU; sowie Schreiben vom 20. Febr. 1939, App. III, S. 611 ff., „on Soviet policy in connexion with the possibilities of negotiating a war trade agreement in the vent of war between Germany and the Western powers“.

mit Finnland (März 1940). Im Juli 1940 erhielt Stalin vom britischen Botschafter selbst das Angebot eines Balkan-Dominiums zur Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichtes und einer Sicherstellung der russischen Interessen in den Meerengen³⁸, und in den Berliner Gesprächen im November 1940 beantwortete Molotow die vagen Pläne einer Neuverteilung der Welt „nach säkularen Maßstäben“ bereits mit konkreten Wünschen nach exterritorialen Stützpunkten am Bosphorus und den Dardanellen zur Sicherung dieses „historischen Einfalltores Englands“ und nach einem Reservat Bulgariens³⁹. In den sowjetisch-britischen Bündnisverhandlungen zu Beginn der zweiten Kriegsphase hat Molotow die alten Forderungen wieder aufgenommen und dazu Stützpunkte in Rumänien verlangt. Vorübergehend hat sich die Sowjetregierung im schwersten Kriegsjahre 1942, zur Zeit der England- und Amerikareise Molotows und der Unterzeichnung des Bündnis- und Freundschaftsvertrages mit Großbritannien auf 20 Jahre (26. Mai 1942), Edens Formulierung einer „ungeteilten Verantwortlichkeit“ der Alliierten angeschlossen. Aber mit der Vereinbarung über getrennte Operationsgebiete in Europa (Operation Overlord) stand die Abgrenzung von „Einflußzonen“ erneut zur Diskussion⁴⁰, die man in Moskau nach der Wende von Stalingrad nicht mehr auf das Militärische beschränkt wissen wollte. Über die Vereinbarung von Einflußprozenten auf der dritten Moskauer Konferenz im Oktober 1944 sind die militärischen und politischen Ereignisse auf die Teilung Europas in Interessensphären und Zonen zugelaufen.

Im Fernen Osten erhielt die Sowjetunion in Jalta die Dauerpacht von Port Arthur als Seebasis der UdSSR mit den „früheren Rechten Rußlands, die durch den verräterischen Angriff Japans im Jahre 1904 verletzt worden“ seien, zugestanden. Die Mongolische Volksrepublik war durch einen Beistandspakt an die Sowjetunion gebunden und Tannu Tuwa bereits im Oktober 1944 in das Sowjetimperium einverleibt worden⁴¹. In Europa konnte die Sowjetunion einen Stützpunkt in Finnland (Porkkala) behaupten, während das an Norwegen (1945/46) gestellte Ansinnen einer „gemeinsamen Verteidigung“ von Spitzbergen nicht zum Erfolge führte. Der Versuch, die früheren Stützpunktforderungen an den Meerengen in der Form einer „gemeinsamen Verteidigung“ von der Türkei nach der Nichterneuerung des Freundschaftsvertrages zu erzwingen, und die Gebietsforderungen in Ostanatolien wurden zu einem der Anlässe der Truman-Doktrin als Erklärung des Schutzes der Unabhängigkeit kleiner Nationen. Bei der Erweiterung ihres Territoriums hat die Sowjetregierung den Alliierten gegenüber nächst dem Sicherheitsbedürfnis und historischen Argumenten besondere „Interessen“ geltend gemacht, so auf Königsberg mit der gleichen Begründung eines erforderlichen „eisfreien Hafens“ wie 1939

³⁸ Nach der dem deutschen Botschafter im Auftrage Stalins von Molotow überreichten Aufzeichnung über seine Unterredung mit Stafford Cripps. Telegramm Schulenburgs vom 13. Juli 1940. Seidl, S. 194 ff.

³⁹ Vgl. Seidl, S. 275.

⁴⁰ Cordell Hull: *Memoirs* (New York 1948), S. 1167.

⁴¹ Vgl. Harriet L. Moore: *Soviet Far Eastern Policy 1931–1945* (Inst. of Pacific Relations, Princeton 1945) App. S. 185f. – Aitchison K. Wu: *China and the Soviet Union* (London 1950). Part. III. App. S. 417; Max Beloff: *Soviet Policy in the Far East* (London 1952), S. 6 ff.

auf Libau und Windau⁴². Hier versagte das Sicherheits- wie das territoriale Völkerprinzip, das bei den übrigen Forderungen eingesetzt wurde, sei es bei der Eingliederung ganzer Völker wie der Esten, Letten und Litauer als Sowjetrepubliken im Juli/Aug. 1940, sei es bei der Angliederung Ostpolens 1939 als weißruthenisches und ukrainisches Gebiet an die entsprechenden Republiken der Union, ebenso der nördlichen Bukowina und Bessarabiens (1940) oder 1945 der Karpathenukraine (Transkarpatien), womit das Moskauer Bereich zum ersten Male in der Geschichte über den Karpathenkamm in die Theißebene hinübergegriffen hat.

War die sowjetische Kriegspolitik in Europa wie im Fernen Osten zunächst vornehmlich auf ein Heraushalten aus dem Konflikt, keinesfalls auf seine Verhinderung gerichtet gewesen, so hat die nach dem Überfall auf Finnland aus dem Völkerbund ausgeschlossene Union in der zweiten Phase des Krieges als umworbener Koalitionspartner und schließlich als bewunderter Bundesgenosse die größten politischen Erfolge und die internationale Anerkennung als völlig gleichberechtigte Groß- und Weltmacht erlangen können⁴³. In den Jahren 1944/46 genossen die Russen in den Siegerländern eine ungeahnte Popularität, die über Siegesfreude und den Reiz des Unbekannten alles Trennende der vergangenen Jahrzehnte vergessen ließ⁴⁴.

Die vorherrschenden militärischen Erwägungen und die ungewöhnlichen Kriegsvollmachten in den Händen der „Großen Drei“ haben die gesellschaftspolitischen Gegensätze dieses „seltsamen Bündnisses“⁴⁵ in der Weltöffentlichkeit überdeckt. Der Krenl hat seinerseits auch alles getan, um den unüberbrückbaren Antagonismus zwischen dem System des Bolschewismus und dem der westlichen Demokratien vergessen zu machen. Die unmittelbar nach Kriegsausbruch aufgenommene neue Kirchenpolitik, die Wahl eines Patriarchen (Sept. 1943) und dessen anschließende Reise zu den orthodoxen Hierarchen des Mittelmeerraumes⁴⁶ waren von einer Propaganda der „Religionsfreiheit“ begleitet, die in der angelsächsischen Welt das größte Aufsehen und Interesse erregt hat. Vernahm man doch nach langer Zeit zum

⁴² Boris Meissner: Rußland, die Westmächte und Deutschland. Die sowjetische Deutschlandpolitik 1943–53 (Hamburg 1953), S. 31.

⁴³ Vgl. Soviet foreign policy during the Patriotic War. Documents and Materials. Vol. I. 22. 6. 1941–31. 12. 1943. Trans. by A. Rothstein. (London 1945.)

⁴⁴ W. P. and Z. Coates: A History of Anglo-Soviet Relations (London 1944), dort auch App. IV des Bündnisvertrages vom 26. 5. 1942. S. 774ff. – G. Bilainkin: Maikij „Ten Years Ambassador“. (London 1945) und dessen Erinnerungen: Before the Storm (aus dem Russ. London 1944), Sir Bernard Pares: Russia and the Peace (New York 1945) u. a. Die Sorbonne verlieh 1945 vier Ehrendoktorate an Sowjetgelehrte: den Physiker A. F. Joffe, den Mathematiker S. N. Bernstein, den Historiker E. W. Tarlé, den Atomforscher P. L. Kapiza; 1946 an den Parteiphilosophen Prof. Judin, nachdem in der Zwischenkriegszeit nur der Physiologe I. P. Pawlow (1925) für würdig befunden war. Université de Paris. Livret 1951–52, S. 3.

⁴⁵ „The Strange Alliance“. Titel des 1946 in USA erschienenen Berichtes des Leiters der US-Militärmission in Moskau 1943–45 über „Amerikas Bemühungen während des Krieges, mit Rußland zusammenzuarbeiten“ (dtsh. Wien 1948).

⁴⁶ Vgl. Bertold Spuler: Die Gegenwartslage der Ostkirchen (Wiesbaden 1948), S. 35ff.; Wilhelm de Vries SJ: Der christliche Osten in Geschichte und Gegenwart. (Würzburg 1951); Albert M. Ammann SJ: Abriß der ostslawischen Kirchengeschichte (Wien 1950), S. 618.

ersten Mal wieder ein Zeichen des Lebens der Ostkirche unter dem Bolschewismus⁴⁷. Neben der „antifaschistischen“ Losung vom gemeinsamen Kampf der „demokratischen Länder“ hat die Auflösung der Komintern (22. 5. 1943) der Vorstellung — insbesondere in USA — Vorschub geleistet, der Sowjetstaat nähere sich immer mehr einem demokratischen Staatswesen mit gewissen russischen und asiatischen diktatorischen Eigenarten. Dabei hat Stalin die Auflösung der Komintern in einem Interview vom 28. Mai 1943 offen als taktische Kriegsmaßnahme motiviert, als „zeitensprechend“: „sie entlarvt die Verleumdung der Gegner des Kommunismus in der Arbeiterbewegung, daß die kommunistischen Parteien der verschiedenen Länder angeblich nicht im Interesse ihres eigenen Landes handelten“ . . . „sie erleichtert die Arbeit der Patrioten der freiheitliebenden Länder — unabhängig von deren Parteizugehörigkeit und religiöser Überzeugung — zu einem einheitlichen nationalen Freiheitslager zwecks Entfaltung des Kampfes gegen den Faschismus“.⁴⁸ Der Kommunismus, der nach dem Pakt von 1939 und den Verhaltensanweisungen gegenüber der deutschen Kriegs- und Besatzungsmacht eine schwere Krise durchgemacht hatte, ist durch diese Erklärung Stalins nicht geschwächt worden. Sie förderte im Gegenteil die Auffassung von einer Übereinstimmung von Kommunismus und Antifaschismus, von Patriotismus und Hilfe für den russischen Bundesgenossen⁴⁹ und erleichterte dadurch den „Parteikadern“ der kommunistischen Auslandsorganisationen die Taktik des „trojanischen Pferdes“. Sie schuf die politisch-psychologischen Voraussetzungen für die Spionage- und Landesverratsfälle der Nachkriegszeit. Das Bestreben, möglichst viel bei den Verbündeten in Erfahrung zu bringen, hingegen diesen keinen Einblick in das eigene Land zu gewähren, entsprach der von ständigem Mißtrauen erfüllten Moskauer Auffassung von einem „Kriegsbündnis“, das in der Terminologie Lenins eine taktisch notwendige, zeitlich begrenzte, zweck- und zielbestimmte Verbindung bei grundsätzlicher Verschiedenheit oder sogar Unvereinbarkeit bedeutete.

⁴⁷ Die Auffassung Roosevelts, daß die „russische Diktatur“ für die Kirche minder gefährlich sei als der Fortbestand der Diktatur Hitlers, bereits im Schreiben vom 5. Sept. 1941 an Papst Pius XII., vgl. *War-time Correspondence between President Roosevelt and Pope Pius XII. With an introd. and explanatory notes by Myron C. Taylor* (New York 1947). Das auf Veranlassung des späteren Patriarchen Sergius 1942 im Auslande verbreitete Buch „Die Wahrheit über die Kirche in Rußland“ und die für die Weltpresse bestimmten Interviews haben bes. in protestantischen Kreisen eine überraschende und nachhaltige religiöse und geschichtsphilosophische Beschäftigung mit der ostkirchlichen Problematik u. dem Bolschewismus ausgelöst: Fritz Lieb: *Rußland unterwegs* (Bern 1947); R. Casey: *Religion in Russia* (Camb. 1946), Karl Barth u. a., während die antirömische Politik der Sowjetregierung und der Orthodoxie schon bald die einmütige Abwehr der katholischen Stimmen hervorgerufen hat.

⁴⁸ Stalin: *Über den großen vaterländischen Krieg der Sowjetunion*. (Moskau 1946) S. 181.

⁴⁹ Zur Geschichte der kommunistischen Parteien während des Krieges, von Frankreich und England aus beobachtet, unter Verwertung der neuesten Darstellungen vgl. Franz Borkenau: *Der europäische Kommunismus* (München 1952), S. 218 ff.; zur Diskussion in der sozialistischen Emigration vgl. die Untersuchung von Erich Matthias: *Sozialdemokratie und Nation. Ein Beitrag zur Ideengesch. der sozialdemokrat. Emigration 1933–1938*. Veröff. des Inst. f. Zeitgesch. München (Stuttgart 1952) sowie: *Die deutsche Sozialdemokratie und der Osten*. Forschungsbericht der Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung (Göttingen 1953).

In der Sowjetöffentlichkeit ist der „große vaterländische Krieg“ als ein Verteidigungskampf der Sowjetvölker und ihrer Verbündeten gegen einen gemeinsamen Gegner, aber nicht im Namen gemeinsamer Grundsätze oder gemeinsamer Weltordnung geführt worden. In der innenpolitischen Propaganda, die die Völker der Union, nächst den Russen besonders die Ukrainer, ansprach, um die Kraftreserven der Heimatliebe, des kirchlichen Glaubens, des nationalen Stolzes und der historischen Verpflichtung zu mobilisieren, dominierte die Vorstellung von dem besonderen Schicksal und der gesonderten Verantwortung des Sowjetreiches. Eine pan-slawistische Aktion⁵⁰, wie sie der Bolschewismus bis dahin zurückgestellt hatte, sollte im Jahre 1941 zunächst die Zusammengehörigkeit der slawischen Völker im deutschen Machtbereich zum Partisanenkampf ermutigen. Bald wurde sie zur Losung von der Befreiung der slawischen Nachbarvölker durch das große russische Brudervolk. Der Bündnis- und Freundschaftsvertrag, den der Exilpräsident Benesch aus eigener Initiative am 12. Dez. 1943 in Moskau unterzeichnete, wurde zum Vorbild für die Abkommen mit moskauhörigen Exilregierungen und die späteren, vielfach erzwungenen zweiseitigen Verträge des regionalen Satellitensystems⁵¹. Ein Jahr später, nach der Einnahme von Paris durch die Alliierten, folgte am 10. Okt. 1944 der ebenfalls auf 20 Jahre vorgesehene Bündnisvertrag mit der Regierung de Gaulles.

Stalin hat sich zwar die Zustimmung zu einer Politik internationaler Zusammenarbeit in der Nachkriegszeit im Sinne „ungeteilter Verantwortlichkeit“ für Europa und die Welt abringen lassen; die Sowjetregierung hat auch an den Beschlüssen der Großmächte von der Atlantikcharta bis Dumbarton Oaks und der Konstituierung der UN, wenn auch mit Vorbehalten, teilgenommen. Auf den Konferenzen von Casablanca, Teheran und Jalta hat Stalin aber Hypotheken auf die Zukunft ausgestellt erhalten und durch den Vorstoß der sowjetischen Streitkräfte in die machtentleerten Räume Mitteleuropas und des Fernen Ostens Pfänder in die Hand bekommen, deren Einlösung er zum zentralen Problem der Nachkriegszeit hat werden lassen. Der gemeinsame Anti-Hitlerismus, der die Potsdamer Beschlüsse, das Österreich-Abkommen, die ersten Nürnberger Prozesse und schließlich auch noch die Friedensverträge vom Februar 1947 ermöglicht hat, ist nur ein zweites Gleis der Sowjetpolitik gewesen. Die Vieldeutigkeit des Begriffs der Demokratie wurde bald offenkundig.

⁵⁰ Begründung eines „Slawischen Komitees“ im Aug. 1941, das nach alter russ. Tradition aus einem General (Gen. Gondurow), einem Slawisten (Prof. Dershawin), Schriftstellern u. bald einem hohen Vertreter der orth. Kirche zusammengesetzt war, Kongresse veranstaltete (Belgrad 1946) und eine Zeitschrift herausgibt: „Slawjane“ (Slawentum), Monatsschrift d. Slaw. Kom. d. UdSSR. Die Zusammenhänge umrissen bei Hans Kohn: Pan-Slawism. Its History and Ideology. (Notre Dame/Ind. 1955.)

⁵¹ Vgl. die Dokumentensammlungen von B. Meissner: Das Ostpaktsystem (1. Das sowjetische Paktsystem in Europa. 2. Das sowjetische Paktsystem in Asien.) Hekt. Veröffentl. d. Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländ. öffentl. Recht der Universität Hamburg (Frankfurt 1951), Reinhart Maurach: Zur Rechtsnatur des Ostblocks, in: Zeitschrift für Ostforschung 1. Jg. (1952) S. 44–75.

Gegenüber dem Wunsche der anderen Großmächte nach überstaatlicher Zusammenarbeit, einer Friedensordnung unter Hintansetzung nationaler Maximalforderungen hat die Sowjetregierung in Politik, Ideologie und Völkerrechtstheorie den gegenteiligen Standpunkt eingenommen und in der Nachkriegszeit den der Einheit, der äußersten Souveränität und Unabhängigkeit der „Völker“ vertreten⁵². Gegen die überstaatliche und übernationale Geltung ethischer und sozialer Grundsätze hat die Sowjetpolitik das territoriale Prinzip des abgeschlossenen Raumes für den gesamten sowjetischen Machtbereich — wie seit drei Jahrzehnten für die Sowjetunion — durchgeführt.

VI. Nachkriegsprobleme des Sowjetbereichs

Erst die Etappen der Weltmachtspolitik und Ideologie der Nachkriegszeit, die anschließend in einigen erkennbaren Zügen skizziert seien, haben den Blick für die Entwicklung des Stalinismus der Vorkriegsjahre freigegeben. Denn den zweiten Weltkrieg hat der Sowjetstaat ohne sichtbaren Umbruch des Systems überstanden. Die Faktoren des politischen Lebens waren ohnehin auf einen ständigen Ausnahmezustand ausgerichtet gewesen und haben sich trotz äußerster Erschöpfung behauptet. Die psychologische Kriegführung, die ebenfalls seit Jahren auf Sowjetpatriotismus, auf Verteidigung und „Gegenstoß“ eingestellt war, hatte sich im „Gegenangriff“⁵³ zusätzlich der Unterstützung der orthodoxen Kirche und panslawistischer Ideologien bedienen können. Die um die schwerindustrielle Rüstungsproduktion organisierte Gesamtwirtschaft hatte die notwendigen Ergänzungen in großem Umfang aus den Vereinigten Staaten erhalten, dazu eine Versorgung der Sowjettruppen, die — umgerechnet in Divisionen freigewordener Arbeitskräfte — nicht wenig zum Sieg von Stalingrad beigetragen haben.

Der evolutionäre Prozeß der sich ausweitenden und immer stärker differenzierenden industriellen Produktion, die Erschließung neuer Rohstoffquellen und Produktionszentren im Osten, ist durch den Krieg trotz aller Verluste nur gefördert und erweitert worden. Er hat zugleich die Entstehung neuer Mittelschichten und ihre Prägung als Ministerial- und Wirtschaftsbükratie, als riesige Angestelltenschicht in Verwaltung und Wirtschaft, als technische Intelligenz und als militärische Führer- und Unterführerschicht im weitesten Sinne in einem Maße beschleunigt, daß in der Nachkriegszeit ein Problem der „Mittelklassen“ — nicht dem Besitz, wohl aber der Tätigkeit und Funktion, auch dem Einkommen nach — in der Sozialverfassung aufgetaucht ist, das vor dem Kriege noch nicht bestanden hat, dessen Wurzeln aber in der Agrarrevolution des Kollektivsystems und in der planwirtschaftlichen Industrialisierung, einschließlich ihrer Automatik der Erweiterung

⁵² Vgl. Meissner: Rußland, die Westmächte und Deutschland, mit Zitaten der grundlegenden Äußerungen; zur Österreichpolitik vgl. die Dokumentensammlung: Die Sowjetregierung und der Österreichische Staatsvertrag 1943–1955 in den vom Verf. hrsg. Forschungsberichten der Arbeitsgemeinschaft für Osteuropaforschung (Göttingen 1953).

⁵³ Nachkriegsterminologie Stalins in der Kritik an Clausewitz: Brief Stalins an Oberst Professor Razin vom 23. Febr. 1946, in der Zeitschrift „Bolschewik“ (Februar 1947) Nr. 3.

und Differenzierung seit Beginn der dreißiger Jahre, zu suchen sind. So stellt sich das Wirtschafts-„System“ der Vorkriegszeit immer mehr als ein Übergangszustand dar, dessen sozialökonomische Struktur auch gegenwärtig nur in Umrissen erkennbar ist⁵⁴. Der chronische Arbeitermangel hat nur dazu beigetragen, das Kollektivsystem, dem Stalin zwar die Sicherung der Ernährung während des Krieges zugeschrieben hat, als doch unzulängliche Lösung anzusehen und vorübergehend in großbetriebenen „Agrostädten“ einen Ausweg zu suchen. Die Verwaltungsreformen der Nachkriegszeit zeigen das Bemühen, die nach Struktur und Umfang veränderten Aufgaben in der alten Form der zentralistischen Verwaltung des multinationalen Großraumes zu bewältigen. Die allmählich seit 1929/30 ausgebildete persönliche Entscheidungsgewalt Stalins war durch ihre einmalige Kontinuität zu einem integrierenden Bestandteil des institutionellen Systems und zum ebenso untrennbaren, sichtbaren und überaus wirksamen Symbol des Stalinismus geworden. Sie hat ebenso zu den Erfolgen des Krieges beigetragen, wie der Kriegsrhüm die Autorität des Generalissimus verstärkt hat, hinter dem die Ruhmestaten der Armeeführer nach dem Kriege wieder zu verblassen hatten. So byzantinisch der Führerkult Stalins erscheinen mochte, die ideologischen Grundlagen der bolschewistischen Staatsdoktrin und der extreme Institutionalismus sind mit Bedacht formal nicht verletzt worden.

Den Leistungen des „lebenspendenden Sowjetpatriotismus“, in dem sich „harmonisch die nationalen Traditionen der Völker und die gemeinsamen Lebensinteressen aller Werktätigen der Sowjetunion paaren“⁵⁵, hat Stalin mehrfach höchste Anerkennung gezollt. Besondere Beachtung hat aber der Trinkspruch gefunden, den Stalin „auf das Wohl des russischen Volkes“, das sich im Kriege „die allgemeine Anerkennung als die führende Kraft der Sowjetunion unter allen Völkern des Landes“ verdient habe, „auf seinen klaren Verstand, standhaften Charakter, Geduld“ und auf „sein Vertrauen zu der Politik seiner Regierung“ am 24. Mai 1945 ausgebracht hat⁵⁶, — wenige Tage, nachdem der Führer der russischen Freiwilligenverbände, General A. A. Wlassow, aus den Händen der Amerikaner (12. Mai 1945) ausgeliefert worden war.

Sowjetpatriotismus und russischer Siegerstolz waren wenig geeignet, die Grundlage eines politischen Zusammenhanges mit den Völkern Ost- und Mitteleuropas

⁵⁴ Zu diesem Übergangszustand vgl. die sorgfältige und materialreiche, wohl stark systematisierende Arbeit von Harry Schwartz: *Russia's Soviet Economy* (London 1951) u. bes. die erfahrungsreiche Darstellung von Serge Nic. Prokopowicz: *Histoire Economique de l'URSS* (Paris Flammarion 1952); zur sozialökonomischen u. betriebswirtschaftlichen Seite der Agrarverfassung der Nachkriegszeit vgl. die kritische Untersuchung von Naum Jasny: *The Socialized Agriculture of the USSR. Plans and Performance* (Stanford/Cal. 1949); zur soziologischen Umschichtung und Verwaltungsreform B. Meissner: *Umbruch a. a. O.*; die wirtschaftlichen Phasen bei J. Miller: *A Political Economy of Socialism in the Making*. in: *Soviet Studies IV* (April 1953), S. 405–433.

⁵⁵ Stalin: *Vaterländischer Krieg*. S. 181.

⁵⁶ Ebenda, S. 222.

herzustellen, die überwiegend gegen ihren Willen dem Machtbereich des Stalinismus zugefallen waren. Die alte überstaatliche, klassenkämpferische Nationalitätenideologie hatte sich angesichts des in der Zwischenkriegszeit und dann im Widerstand gewachsenen National-, Staats- und Souveränitätsbewußtseins der Nachbarvölker als unwirksam erwiesen. Der Krenl hatte das schon 1939/40 an den baltischen Völkern und in Ostgalizien erfahren. In der Union selbst schien die Nationalitätenfrage durch den Krieg in ein neues Stadium getreten zu sein; der Einsatz ukrainischer, kaukasischer, turkestanischer Freiwilligenverbände auf deutscher Seite wirkte sich aus, und vorwiegend in nichtrussischen Gebieten der Sowjetunion traten Tendenzen hervor, deren greifbarste zu den Nachkriegsmaßnahmen im Kaukasus, auf der Krim und im Steppengebiet geführt haben. Seit dem Frühjahr 1943 hatte die Sowjetpropaganda fast ausschließlich an den Nationalismus, an das Freiheits- und Unabhängigkeitsverlangen der Bevölkerung in den Nachbarländern appelliert; und zu Beginn des Jahres 1944, vor dem Überschreiten der alten Grenzen, wurde die Verfassungsänderung, die den Republiken der Union im Hinblick auf die Stimmenzahl in der Organisation der Vereinten Nationen eigene Außen- und Kriegskommissariate zubilligte, als höchste Anerkennung der nationalen Selbständigkeit der Völker verkündet. Nach dem Kriege hat die Sowjetregierung bei der Bildung des „Ostblocks“ mit geradezu pedantischem Formalismus die staatsrechtliche Fiktion der Souveränität der beherrschten Länder aufrechterhalten und einen gegen den Westen gerichteten Nationalismus gepflegt.

Die größten Widerstände gegen eine Bindung an das östliche Reich hat außer einer alten, fast historischen Russenfeindschaft der Nachbarn die Anwendung des sowjetischen Verwaltungs- und Wirtschaftssystems auch in der volksdemokratischen Übergangsform hervorgerufen. Die oft zitierte Analogie zu der revolutionierenden Wirkung des Code civil, dieser Frucht der im Bonapartismus erstarrten Revolution in den Rheinbundstaaten, trifft nur die eine Seite; trotz Fremdheit und Neuheit der französischen bürgerlichen Rechtsordnung bestand eine nur durch Phasen unterschiedene gemeinsame geistige und gesellschaftliche Grundlage. Hier ging es in den Jahren 1945–1947/48 nicht um Alt und Neu der Sozialverfassung, sondern um fremde, in dreißigjähriger Auseinanderentwicklung in der völligen Abgeschlossenheit Rußlands geprägte Lebens- und Wirtschaftsformen, während in den gleichen drei Jahrzehnten in den Nachbarländern ebenfalls neue, aber der mitteleuropäischen Lebensweise verbundene Kräfte geweckt worden waren. Kriegs- und Besatzungszeit mit hohen Menschenverlusten und Eigentumsverschiebungen, territorialen Veränderungen und der Vertreibung der Deutschen hatten zwar staatlich-autoritären Maßnahmen den Boden bereitet, aber die unter der Sowjetherrschaft in Rußland ausgeformte sozialökonomische Arbeitsverfassung widersprach den Lebenswünschen und der Wirtschaftsweise aller Volksschichten der Nachbarländer, wie es am stärksten in der Industriearbeiterschaft und in dem kleinbäuerlichen Widerstand gegen die Kollektivierung zum Ausdruck gekommen ist. Ein Vergleich zwischen dem niedrigen individuellen Lebensstandard der Sowjetbevölkerung, besonders in dem Hungerjahre 1946/47, mit der eigenen früheren Lebensweise und weiterhin den

Leistungen des westlichen Auslandes, dessen ungeminderte Kapazität durch die umfangreichen UNRRA-Lieferungen bis 1947 der hungrigen Bevölkerung — auch in den kriegsbetroffenen Gebieten der UdSSR — als Beweis des ausländischen Wohlstandes vor Augen geführt wurde, verlockte nicht zum Anschluß an den Osten. So hat das wirtschaftliche Hilfsprogramm Marshalls vielleicht wirksamer als politische Gewalt das Prestige der Sowjetherrschaft in den Nachbarländern gefährdet und erschüttert. Die Absage an den Marshallplan, der Versuch eines „Molotow-Planes“ für Wirtschaftshilfe an die Ostblockländer, die Gründung des „Kominform“ und schließlich das System der geschlossenen Grenzen, des „eisernen Vorhangs“ (Churchill 1946) waren die Konsequenzen.

Wenn auch der Weg zur Begründung „sowjetfreundlicher Regierungen“, versuchsweise auch in Finnland, zunächst durch Besetzung legaler exekutiver Schlüsselpositionen wie des Innen- oder Sicherheitsministeriums und im übrigen durch die Anwendung außerparlamentarischer Gewaltmittel besritten wurde, so blieb der Wunsch nach einer parlamentarischen Regierungsbasis *more sovietico* bestehen. Die Kominterntaktik der „Einheits“- und „Volksfronten“, wie sie auf dem Moskauer Kongreß des Jahres 1935 beschlossen worden war, stieß bei der ersten Begegnung mit der Bevölkerung des Auslandes auf großen Widerstand. Denn unter den marxistischen und sozialistischen Parteien und Gruppen außerhalb des Sowjetreiches stellten die Kommunisten nur eine kleine Minderheit dar, und von dieser gehörte wiederum nur ein kleiner Teil zu den „Moskowitern“, den „Kadern“ aus Moskauer Schule. Die Begegnung der siegestrunkenen russischen Repräsentanten der sowjetischen Staatsmacht mit den national-revolutionären Parteien verschiedener Herkunft hat den Kontrast zwischen der Revolutionstheorie und Staatsgesinnung der Sowjetvertreter und der Revolutionsgesinnung außerhalb der Union bald offenkundig werden lassen. Der Protest des linksradikalen Tito und die Prozesse gegen alte Kommunisten sind nur Symptome dieses tiefreichenden Konfliktes. So hat die unmittelbare Berührung mit den marxistischen, trotzkistischen, sozialdemokratischen, agrarsozialistischen Parteien des Auslandes und ihren Doktrinen neue Probleme aufgeworfen, auf die der schon in der Vorkriegszeit so patriotisch und staatlich ausgerichtete, an dem „Kontakt mit den Massen“ Rußlands ausgebildete Stalinismus ideologisch und propagandistisch keineswegs vorbereitet war.

Shdanows Appell zur Verstärkung der „philosophischen Front“ vom 24. Juni 1947 beleuchtet die in den Bemühungen um „sozialistische Einheitsparteien“ aufgebrochene Diskussion: „Aus der Asche des Krieges sind die Staaten der neuen Demokratie und die nationalen Freiheitsbewegungen der Kolonialvölker entstanden. Der Sozialismus steht auf der Tagesordnung der Völker. Wer anders als wir, das Land des siegreichen Sozialismus und seine Philosophen, soll unseren Freunden und Brüdern im Auslande helfen, ihren Kampf um die neue Gesellschaftsordnung mit dem Lichte des wissenschaftlichen sozialistischen Bewußtseins zu erleuchten, wer anders als wir soll sie aufklären und sie mit der Ideenwaffe des Marxismus ausrüsten?“⁵⁷

⁵⁷ In Übersetzung bei Gustav A. Wetter: *Der dialektische Materialismus. Seine Geschichte und sein System in der Sowjetunion.* (Wien 1952) S. 615f. Vorausgegangen war der Appell

Hierzu bedurfte es freilich einer besonderen Moskauer Interpretation von „Marxismus“; denn Stalin hatte bereits seit 1925 einen „schöpferischen“ Marxismus gegenüber dem Dogmatiker Trotzki für sich in Anspruch genommen, wobei er sich mit gutem Recht auf Lenin berufen konnte. Seit dem Jahre 1931 war in Moskau die Formel „Marxismus – Leninismus – Stalinismus“ im Sinne einer Weiterentwicklung schon offiziell verwandt worden. In dem neuen Revolutionskatechismus, der 1938 veröffentlichten „Geschichte der KPdSU“, hatte Stalin eine Art eigener Revolutionstheorie aufgestellt, die nach russischem Modell den Schwerpunkt vom Klassenkampf auf die Machtergreifung durch eine Minderheit verschob. In seinen Bemerkungen über Clausewitz (1946) distanzierte sich Stalin im Triumph des Sieges erneut von Marx und relativierte sogar Lenins Hochachtung vor dem deutschen Klassiker der Kriegswissenschaft.

Shdanow hat in seinem Bemühen um eine übergreifende ideologische Konstruktion 1947 wohl erstmalig von einem „neuen Typ“ der Entwicklung gesprochen und eine neue dialektische Gesetzlichkeit für die Sowjetgesellschaft in Anspruch genommen; danach werde der Wechsel zwischen Altem und Neuem nicht mehr in der Form von Kataklysmen vor sich gehen wie in der antagonistischen Klassengesellschaft. Drei Jahre später, nach dem Prager Februarputsch, nach dem Komininternkonflikt und dem Sieg Maos in China, zur Zeit der Diskussionen um die Ausrichtung der Intelligenzschicht in den Ostblockländern, hat Stalin didaktisch in seinen „Briefen zur Sprachwissenschaft“ im Juni 1950 die Theorie von dem „allmählichen Übergang“ zu einer neuen „Ordnung“ durch eine „Revolution von oben“, d. h. aus der Initiative der bestehenden Gewalt (*vlastj*) formuliert. Seine autoritativen Verlautbarungen gipfelten politisch in der These, daß Nationalsprachen als Erscheinungen *sui generis* – weder Überbau noch Basis – Äußerungen der Nationen in der Folge der Generationen seien und somit in der Auffassung von einer geschichtlichen Welt der Völker und Nationen. Stalin gab damit eine weltpolitische Ausweitung des bereits seit der Vorkriegszeit in der Sowjetunion vorherrschenden Geschichtsbildes⁵⁸. Gegen die vieldiskutierte These Engels' vom „Absterben des

Shdanows an die Leningrader Schriftsteller im August 1946, über dem Lob der russischen Tradition die Revolution nicht zu vergessen und die Überlegenheit des sowjetischen Sozialismus über die dekadente bourgeoise Kultur zu preisen. Eine Analyse der Kombination widerspruchsvoller ideologischer Motive in der ersten Nachkriegsphase hat F. C. Barghoorn vorgenommen: *The Soviet union between War and Cold War*, in: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science* (Mai 1949); ferner Klaus Mehnert: *Weltrevolution durch Weltgeschichte* (Kitzingen 1951, 2. Aufl. Stuttgart 1953; engl. Ausg.: *Stalin versus Marx* (London 1952) und Ernst Benz: *Die geistigen Grundlagen des russischen Bolschewismus*; in: *Rußland und wir*. (Hg. v. d. Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde. Stuttgart 1951, S. 49–77.)

⁵⁸ Der Wandel der Geschichtsauffassung und die Ausbildung eines den Sowjetraum erfassenden Geschichtsbildes und politischen Geschichtsschemas in der Zeit des Stalinismus ist zu verfolgen: Otto Hoetzsch: *Aus der historischen Wissenschaft der Sowjetunion* (Vorträge der russ. Historiker in Berlin 1928. Berlin 1929), Fritz Epstein: *Die marxistische Geschichtswissenschaft in der Sowjetunion seit 1927*, in: *Jahrb. f. Kult. u. Gesch. der Slawen*, NF VI, H. 1, S. 77–202 (Breslau 1930), Richard Salomon: *Zur Lage der Geschichtswissenschaft in*

Staates“ verkündete Stalin schließlich die Notwendigkeit eines starken und mächtigen Staates — auch nach dem Siege des Sozialismus in einem Lande — angesichts einer kapitalistischen Welt.

Stalins letzte autoritative Darlegung, seine Schrift über „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“⁵⁹, die zur Vorbereitung des 19. Parteikongresses im Oktober 1952 erschien, läßt die gleiche Absicht erkennen, die sich aus der komplexen Nachkriegssituation innerhalb und außerhalb der Sowjetunion stellenden Fragen zu beantworten und in dem Vokabular des Marxismus Weisungen zu geben. Noch einmal verdeutlichte Stalin die Evolutionstheorie von dem allmählichen, langfristigen Prozeß — ohne Umbrüche und Explosionen —, jetzt als „Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus“ gefaßt. Allein die Sowjetunion besitze bereits alle Voraussetzungen eines „verwirklichten“ Sozialismus. Der ideale Endzustand, der dann etwas völlig Neues darstellen werde, rückt durch den Hinweis auf die unverrückbare Geltung ökonomischer Gesetze in undenkliche Ferne. Die Betonung einer im Unterschied zu dem krisenhaften Kapitalismus unbeschränkten industriellen und technisch-fortschrittlichen Produktion, die kritischen Bemerkungen zur Agrarwirtschaft sind als zitierfähige Weisungen an die Sowjetwirtschaft aufgefaßt worden, deren Entwicklung keineswegs automatisch auf den Idealzustand zulaufe, sondern der steten Lenkung und der Eingriffe „von oben“ bedürfe. Der Anruf eines eschatologischen Endzustandes, des im 19. Jahrhundert zum Wohlstandsideal gewendeten Eudaimonismus „Jedem nach seinen Bedürfnissen“, die betonte Berufung auf das Ideal eines „Kommunismus“, für den allein die Sowjetunion die Voraussetzungen besitze, war eher an die Kommunisten in der übrigen Welt als an die Sowjetbevölkerung gerichtet. So fehlte in Stalins letzter öffentlicher Rede auf der Schlußtagung des Kongresses am 14. Oktober 1952 auch nicht der Gruß an die „kommunistischen

Rußland, Ztschr. f. Osteurop. Gesch. NF II, H. 3 (Berlin 1952), B. H. Sumner: Soviet History, in: Slavonic and East-European Review (April 1938), Sergius Jakobson: Postwar Historical Research in the Soviet Union, in: The Annals of the American Academy of Political and Social Science (Mai 1949), S. 125–133, Philip E. Mosely: Soviet Research in the Social Field, in: Proceedings of the American Philosophical Society (April 1950), S. 105 ff., Georg von Rauch: Grundlinien der sowjetischen Geschichtsforschung im Zeichen des Stalinismus, in: Europa-Archiv 5. Jg., H. 19/21 (Okt./Nov. 1950), M. Woltmer: Die altruss. Literatur im Spiegel der Forschung 1957–1950, in: Z. f. slaw. Phil. XXI, (1952); Horst Jablonowski: Die Lage der sowjetrussischen Geschichtswissenschaft nach dem zweiten Weltkrieg 1944–49, in: Saeculum II (1951), H. 3, S. 443–464. — Das Arbeitsprogramm der Sowjethistorie nach dem 19. Parteitag, das neben Forschungsvorhaben und Editionen den „kämpferischen Charakter“ der „Geschichte Moskaus“, der „Geschichte der UdSSR“ und der „Weltgeschichte“ besonders hervorhebt, hat A. L. Sidorov in seinem Bericht über „Die Aufgaben des Instituts für Geschichte an der Akad. d. W.“ (Voprosy istorii, 1952, H. 10, S. 5–32; dtsh. in: Sowjetwissenschaft, Gesellschaftswiss. Abt., Berlin 1953, H. 2, S. 266–302) dargelegt.

⁵⁹ Übersetzung nach der Oktobernummer der Zeitschrift „Bolschewik“ (Kommunist) in Europa-Archiv 1952, 22/23, S. 5303–17. Unter den zahlreichen Kommentaren sei auf das Sonderheft der Ztschr. „Osteuropa“ (Dezember 1952) hingewiesen und auf die Analysen von Richard Löwenthal „Stalins Vermächtnis“ in „Der Monat“, H. 55 (April 1953) S. 16 ff. und Isaac Deutscher: Dogma and Reality in Stalin's „Economic Problems“ in: Soviet Studies IV (April 1953), S. 549–363.

und demokratischen Bruderparteien“, die „noch nicht an die Macht gelangt“ seien, sowie das Versprechen von Rat und Hilfe, damit sie „bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge das Banner der nationalen Unabhängigkeit erheben, um die führende Kraft der Nation zu werden“.⁶⁰

Man wird diese Aussagen nicht nach einer vergeblich erwarteten volkswirtschaftlichen oder philosophischen Theorie, sondern nach ihrem politischen Gehalt zu werten haben, als „Ideenwaffen“ im Sinne Shdanows in dem „war of ideas“, der die Nachkriegswelt seit Stalins Rede vom 9. Februar 1946 und seit der Verkündung der Truman-Doktrin beschäftigt.

Stalins Revolutionstheorie, die die evolutionäre Bewegung innerhalb der Sowjetunion mit der „Revolution von oben“ in den Satellitenländern oder im China Maos und schließlich dem Aufruf zur Machtergreifung und nationalen Unabhängigkeitsbewegung in der übrigen Welt in einer Art neuer „Drei-Stufen-Theorie“ miteinander kombiniert, ist ein Spiegel des Sowjetimperialismus der Nachkriegszeit. Sie enthält in sich das auf Moskau bezogene Geschichtsbild vom russischen Volke als der „führenden Kraft“ und dem geschichtlichen „Träger des Fortschritts“, der die anderen Völker Rußlands an sich gezogen und dem menschlichen Fortschritt zugeführt habe und nun die gleiche Aufgabe gegenüber den benachbarten Völkern übernehmen werde. Diese dreistufige Moskauer Geschichtskonzeption⁶¹, die wie alle sozialistischen Geschichtstheorien des 19. Jahrhunderts an der Zukunft orientiert ist, wird im Unterschied zu Lenins eschatologischer Geschichtsvorstellung nicht mehr „geglaubt“, sondern erweist sich auf weite Strecken als eine Interpretation der Gegenwart⁶², ihrer Wünsche, Zuversicht und Absichten.

Für den Erfolgsglauben Stalins, der seit der revolutionären Machtergreifung von 1917/18 in der Geschichte die „Wahrheit“ zu sehen vermeinte und stets das Sein über die Idee gestellt hat, lag in dem Erfolg des zweiten Weltkrieges erneut geschichtliche Beweiskraft. Aus seinen Äußerungen seit 1946 spricht das Bemühen, die neue imperiale Machtstellung, die der UdSSR nicht durch ideologische oder weltrevolutionäre Aktionen, sondern dank ihrer Macht- und Mächtepolitik (power policy) in der Kriegsperiode zugefallen war, mit allen ihren Spannungen und Widersprüchen durch ein einheitliches theoretisches „System“ zu untermauern, wie es die führende Schicht der Sowjetbevölkerung seit Jahrzehnten gewohnt war.

Die Wiederaufnahme einer Revolutionstheorie und der Anspruch, neue objektive Gesetzmäßigkeiten erkannt zu haben, erscheinen dann unter einem doppelten Aspekt: innenpolitisch mutet es wie ein Versuch des gealterten Diktators an, seine persönliche Autorität und die in 22jähriger erfolgreicher Regierungszeit ruhende Legitimierung des alten Revolutionärs für seine Nachfolger entbehrlich zu machen

⁶⁰ Wortlaut in Übers. im Europa-Archiv 1952, H. 22/23, S. 5317 f.

⁶¹ Auf die russischen Züge dieser Geschichtsvorstellung in Analogie zu den vorliberalen Theorien des vorigen Jahrhunderts hat Alexander von Schelting hingewiesen: Rußland und Europa im russischen Geschichtsdenken (Bern 1948), S. 9.

⁶² Zum Problem von Theorie und Interpretation vgl. Richard Nürnberger: Revolutionstheorie und geschichtliche Wirklichkeit. In: Deutsche Studentenzeitung (Juli 1952).

und die niemals aufgegebene anonyme und kollektive Grundlage der parteilichen Willensbildung in den Vordergrund zu rücken. Die Formeln von der autoritären „Revolution von oben“, vom „allmählichen Übergang“, vom „verwirklichten Sozialismus“, von der „führenden Kraft“ des fortschrittlichen russischen Volkes geben die abgestuften Übergänge von der sowjetischen Staatsdoktrin der Vorkriegszeit zu der imperialen Konzeption des sowjetischen Machtbereichs („soviet orbit“).

Auch der außenpolitische Aspekt wird als dynamische Interpretation der seit 1945–1950 vorliegenden Situation im Satellitenbereich, in der Koalition mit der chinesischen Volksrepublik, in der Weltpolitik der „zwei Lager“ und den sozialen und nationalen Unruhen der Nachkriegszeit zu verstehen sein. Der Rückgriff auf die allgemeinverbindliche Parole des „Kommunismus“, hinter dem auch der traditionelle „Bolschewismus“ zurückzutreten hat⁶³, und die Berufung auf ein materielles Wohlstands-Ideal, wie es aus der Tradition des vergangenen Jahrhunderts noch fast allen sozialistischen Strömungen gemeinsam ist, sind Vorstöße auf dem ideologischen Kampffeld der Nachkriegswelt, deren Rückwirkungen auf die Sowjetunion selbst noch nicht abzusehen sind. In diesem widerspruchsvollen, weltrevolutionären Führungsanspruch des Stalinismus der Nachkriegszeit sind zugleich alle Elemente zu elastischen, jeder konkreten Situation und Weltlage angepaßten Nahzielen erhalten, mit denen sich die übrige Welt zu befassen hat.

⁶³ So z. B. durch die Umbenennung des langjährigen Parteiorgans „Bolschewik“ in „Kommunist“ oder durch Streichung des Zusatzes „Bolschewiki“ im Namen der KPdSU.